

J G = P R E S S E S P I E G E L

APRIL 80 BIS APRIL 82

DIE SAMMLUNG DER PRESSENACHRICHTEN ÜBER DIE AKTIVITÄTEN DER JG IST NICHT VOLLSTÄNDIG. BESONDERS DIE VIELEN KLEINEN MELDUNGEN ÜBER DIE JG-ORTSGRUPPEN ODER ÜBER DIE BEZIRKSAKTIVITÄTEN SIND DEN AUSSCHNEIDERN ENTGANGEN. WER ALSO GERADE SEINEN BEITRAG ODER DEN BERICHT ÜBER SEINE ORTSGRUPPE VERMIßT, DER MÖGE BITTE SICH NICHT ÜBERGANGEN FÜHLEN.

Freundschaftlich

SN-Redakteur Peter Grasmann berichtet von der Landeskonzferenz der Salzburger Jusos:

Überraschende Wachablöse an der Spitze

Paul Pirker folgt Mario Sarciotti als Landesobmann nach — Ein Drittel der Delegierten fehlte am Sonntag — Moritz mahnt

Mit Überraschungen wartete die Landeskonzferenz der Salzburger Jusos am Wochenende in Mittersill auf: Es gab es einmal — von allen Beteiligten offenbar nicht vorhergesehen — einen neuen Obmann, da ließ rund ein Drittel der Delegierten am zweiten Tag Konferenz Konferenz sein und in der ersten Runde den durchgefallenen Kandidat just die Stimmen der vielen Abwesenden für sich.

Schon weniger überraschend: Parteiohmann Moritz serviert gleich zum Einstand des neuen Obmannes Ernennungen. So sollen die Jungen unter ihrem neuen Führer — angeblich linker als der alte — bei ihrer Just nach innerparteilicher Kritik möglichst darauf Rücksicht nehmen, daß die Partei vor allem mit dem politischen Gegner im Clinch zu liegen habe und nicht mit dem eigenen Fachwuchs. Ferner mögen sich die Jung-Generationsde eine Sprache bedienen, die eine Verständigung mit älteren und weniger politologisch reibildeten Parteifreunden nicht unnötig mache.

Die Ausgangsbasis für den Überraschungslieger ist also nicht ganz einfach: zum einen ist es sein erklärtes Ziel, innerparteilich den Jungen ein stärkeres Gewicht zukommen zu lassen. Zum anderen wird er — wie schon sein Vorgänger, den „Untätigkeit“ zu Fall brachte — eine Organisation weiterhin ohne Abweichung von der Parteilinie führen müssen, befolgt er den freundschaftlichen Rat von Parteichef Moritz.

Im fashionablen Sporthotel Kogler in Mittersill stellte er zunächst den Antrag auf Wiederholung des Wahlvorganges, weil dieser seiner Meinung nach nicht geheim genug abgelaufen war. Nach Ablehnung dieses Antrages stellte er bei Bekanntgabe des Ergebnisses überrascht fest, daß der Urnengang eigentlich für ihn erfolgreich verlaufen ist: Der 34jährige Lehrer Paul Pirker aus Salzburg, der Sonntag bei der ordentlichen Landeskonzferenz der Jungen Generation in der SPÖ völlig unerwartet zum neuen Obmann gewählt wurde, tritt damit die Nachfolge des 36jährigen Salzburger Professors Mario Sarciotti an.

Von 68 abgegebenen Stimmen (zwei ungültige) entfielen auf Pirker 37 und auf Sarciotti 27. Der abgewählte Professor, Mitglied der schulpolitischen Kommission des Unterrichtsministeriums, führt die Niederlage auf ein allzu ausgiebiges Wochenend-Feiern der Pinzgauer zurück: Von 95 geladenen Delegierten waren nämlich nur 68 erschienen. Die meisten Abwesenden, so Sarciotti, stammen aus dem Pinzgau und diese hätten sicher ihn gewählt.

Bereits Samstag war Landesrat Wolfgang Radlegger scharf mit der Politik der Volkspartei im Land Salzburg ins Gericht gegangen: Der

Landeshauptmann halte trotz des sozialistischen Wahlerfolges im Vorjahr weiter an seinem Regierungsstil fest. Erbe fürstlichbischöflicher Tradition zu sein. Er, Radlegger, fordere eine Demokratisierung der Landesverwaltung, die dringend einer Überholung bedürfe, und eine Demokratisierung der Bezirksverwaltungsbehörde, die mehr politischer Kontrolle unterstehen müsse, nicht nur der alleinigen Macht des Landeshauptmannes.

Beim Thema Energiepolitik sprach Radlegger von einem Boom von Anträgen für den Bau von Kleinkraftwerken. „Die meisten Anträge kom-

men von Leuten, die allein Profitdenken auszeichnen“, klagte der Landesrat. Er nannte u. a. den früheren Nationalratsabgeordneten und jetzigen Bundesrat Leopold Heibich und den Bürgermeister von Bad Mitterndorf, Siegfried Salf. Beide hätten in Salzburg unter verschiedenen Firmenbezeichnungen entsprechende Anträge gestellt.

Vor der Abstimmung hatte Paul Pirker einen Initiativantrag an die Landeskonzferenz gestellt. Im wesentlichen hielt er darin sein Programm fest. U. a. kündigte er für den Fall seiner Wahl verstärktes Engagement der Jungen in der Landespolitik an und verlangte eine Koordination für gemeinsame Aktionen der SP-Jugendorganisationen durch den Landesjugendbeirat der Partei. Kritik übte Pirker an der Arbeit der Jungen Generation in den abgelaufenen beiden Jahren: Sie habe keine politische Aussage gemacht. Deshalb habe er sich zur Kandidatur entschlossen.

Überrascht über die Wachablöse an der JG-Spitze war Sonntag auch Landesparteiohmann LHStv. Herbert Moritz. Er traf kurz nach Bekanntgabe des Ergebnisses in Mittersill ein und erhob gleich ermahrend den Zeigefinger: als erstmals die Frauen an ihn herangetreten seien und Politikerpositionen anstrebten, habe er betont, nicht wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit könnten die Frauen mit solchen Positionen rechnen, sondern ausschließlich aufgrund von Leistungen. Dies gelte nun auch für die Jugend. Schließlich mahnte Moritz, beim Verlangen nach mehr Kritik nicht aus dem Auge zu verlieren, daß sich die Gesamtpartei ständig in einer harten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner befinde.

Auf nahrhaften Boden fiel Moritz' Bemerkung, die jungen Leute sollten sich stets einer deutlichen Sprache bedienen. Der neue Landesobmann Pirker nahm sich das zu Herzen. Ihm war nämlich angekreidet worden, sich in seinem Referat zu vieler Fremdworte bedient zu haben. Pirker entschuldigte sich vor den Delegierten für die Verwendung der vielen Fremdworte. (Weitere Details aus der Konferenz auf Seite 2.)

Ruhe. Wenn ich einmal Zeit habe, werde ich nachdenken, vielleicht komme ich auch darauf, welche Privilegien ein Landarzt hat.

Med.-Rat Dr. Georg Klamler, Landarzt 5723 Uttendorf 252

ARZTEPRIVILEGIEN

In Ihrer Ausgabe vom Montag, den 21. April 1980 fand ich über die Landeskonzferenz der Jungen SP in Mittersill im Absatz 2 folgende Forderungen: Abschaffung der Politiker- und Ärzteprivilegien! Ich bin kein Politiker, kann also über deren Privilegien nichts sagen. Aber vielleicht kann ich einiges über die Privilegien der Ärzte vorbringen: z. B. Abschaffung der Arbeitszeit von 12 1/2 Tagen und dann 1 1/2 Tage Freizeit, Abschaffung jede 2. oder 3. Nacht aus dem Bett geholt zu werden, Abschaffung des Privilegs, wenn ich auf Urlaub gehen will, einen Vertreter stellen zu müssen, der mich pro Tag bis zu S 1500,— kostet usw.

Privilegien jäh, Privilegien her, laßt nur die Ärzte in

JG schreibt offenen Brief an Haslauer:

Nicht hinter Gutachten verschanzen

SALZBURG. Für einen großen Teil der Salzburger Jugendlichen sei die Ablehnung des Ankaufes des Rainberggeländes keine Überraschung. Dies stellt die Jung-Generation der SPÖ fest. In einem offenen Brief an Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer schreibt Bezirksobmann Johann Maier: „Sie waren ja von allem Anfang an dagegen und haben in der Öffentlichkeit betont, das Land werde für einen Ankauf kein Geld hergeben.“ Es erscheine wenig konsequent, wenn jetzt die von LHStv. Dr. Herbert Moritz angeregte Begutachtung durch die Hochbauabteilung als Begründung für die

Ablehnung angeführt werde.

Es sei denn, Haslauer nehme seine im jüngsten „Salzburg Journal“ der SVZ fettgedruckten Versprechen an die Jugend nicht allzu ernst und versuche sich hinter dem fachlichen Gutachten der Hochbauabteilung zu verschanzen.

Die Grundannahmen und die genauen Ergebnisse dieses Gutachtens seien den Jugendlichen und der „ARGE Rainberg“ nicht bekannt. So entziehe sich das Gutachten jeglicher Kritik und Beurteilung durch die Betroffenen. Die JG erwartet von Haslauer eine persönliche Stellungnahme, in der

er mit „Information der Betroffenen nicht geize“.

In einer Presseerklärung protestiert der Sprecher der Alternativen Liste Salzburg, Othmar Zendron, schärfstens gegen die Entscheidung der Landesregierung, sich nicht am Ankauf des Rainberg-Geländes zu beteiligen. Die Alternative Liste bezweifelt, ob die finanzielle Situation der wirkliche Grund der Ablehnung sei. Die Alternative Liste sieht in der Ablehnung vielmehr den Versuch, kulturelle und soziale Basisinitiativen abzuwürgen. „Selbst wenn die behaupteten einmaligen Kosten stimmen würden, wäre das nur ein Bruchteil jener Milliarden Summe, die in den letzten Jahren in die Hochkultur gepumpt wurde“, meint Zendron.

Pinzgau: Im JG-Forderungspaket auch Jugendzentren in den Landgemeinden!

BRUCK/GLOCKNERSTRASSE. Die Förderung des industriell-gewerblichen Komplexes im Pinzgau sei jahrelang vernachlässigt worden, kritisierte der SP-Klubobmann Dr. Othmar Raus in seinem Grundsatzreferat bei der ordentlichen Bezirkskonferenz der Jungen Generation Pinzgau. Daraus ergebe sich eine regionale Strukturschwäche, die bei der künftigen Wirtschaftsförderung des Landes überproportional berücksichtigt werden müsse.

Im Mittelpunkt der JG-Bezirks-

konferenz standen die politischen Anträge, die den Mitbestimmungsanspruch der jungen Pinzgauer Sozialisten mit konkreten Forderungen unterstreicht. Hier einige Beispiele:

● Zum Jugendproblem fordert die JG Pinzgau, daß das kommende Jugendschutzgesetz nicht nur Verbote und Schutzbestimmungen beinhalten, sondern sich in erster Linie mit der Förderung von Jugendaktivitäten befassen soll. Eine Voraussetzung für Jugendaktivitäten wäre nach Auffassung der JG die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Schaffung von Jugend- und Kommunikationszentren. Bis zur Einrichtung von solchen Zentren sollten Schulen für Veranstaltungen und dergleichen geöffnet werden.

● Die Erzeugung von Plastikwegwerfflaschen sei eine große Gefahr für die Umwelt, da Plastik ja nicht wiederverwertet werden könne. Die JG fordert die Salzburger SPÖ-Mandatare auf, sich ihrer Forderung nach Abschaffung der Plastikflaschen anzuschließen.

● Dem Demokratieverständnis der JG entsprechend fordert die JG Pinzgau, daß SPÖ-Abgeordnete neben ihrem Mandat nicht mehr als zwei zusätzliche politische Funktionen ausüben dürfen. Amterhäufung sei abzulehnen.

Schließlich werden die SPÖ-Mandatare des Pinzgaues aufgefordert, für eine effizientere Kontrolle bei den gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften einzutreten. Weiters verlangt die JG, daß die sozialistischen Abgeordneten des Landtages sich massiv für einen Kostenschlüssel einsetzen sollen, der den Landgemeinden eine Be-

teiligung am Wohnbauserwerbsprogramm ermöglichen soll.

Der seit einem halben Jahr geschäftsführende und nunmehr gewählte neue Bezirksvorsitzende der JG Pinzgau, Josef Crnic, wies in seinem Referat darauf hin, daß die Qualität einer Wirtschaftspolitik daran abgelesen werden könne, ob es eine Jugendarbeitslosigkeit gebe oder nicht. Crnic setzte sich besonders für den Vorrang des sozialen Wohnbaues für junge Leute ein und dafür, daß es auch in Landgemeinden zur Errichtung von Jugendzentren komme.

Dem neuen JG-Bezirksvorsitzenden Josef Crnic aus Mittersill stehen als Stellvertreter Helmut Fluch aus Niedersill, Walter Göd aus Uttendorf und Hans Kremser aus Zell am See zur Seite. Dem neuen Bezirksvorstand gehören weiters Willi Harlander und Hans Streitberger als Schriftführer sowie Andrea Lechner als Bildungsreferentin an. Beisitzer im Vorstand sind Hubert Edlinger, Günther Kreidl, Annemarie Kapeller, Bernhard Schwab und Leo Winterter.



Landesmaifest 1982 in der Altstadt: Auch vielfältige Information und nicht nur Unterhaltung zählt dazu. Hier Landesrat Wolfgang Radlegger beim Stand der Jungen Generation auf dem Alten Markt („Hilfe für die dritte Welt“).

ST, Mo, 3. 5. 82



Am 15. Mai: Salzburger zum Friedensmarsch nach Wien

Aus der bei der Bundeskonferenz der JG in Linz am 18. April beschlossenen Resolution:
„Schärfstens verurteilen wir sämtliche Theorien, die die Möglichkeit und Machbarkeit eines ‚begrenzten Atomkrieges‘ beinhalten. Als wichtigste Schritte einer aktiven Friedenspolitik fordern wir daher:

- Schrittweise Reduzierung der Atomwaffen.
- Keine weitere Stationierung von Atomwaffen in Europa.
- Uneingeschränkter Verzicht auf die Neutronenbombe.
- Umstrukturierung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion.
- Friedenserziehung an den Schulen.
- Uneingeschränkte Achtung der nationalen Souveränität.“

Sonderzug nach Wien: Abfahrt: 15. Mai, 10 Uhr, Rückfahrt am Abend.



Am 15. Mai: Salzburger zum Friedensmarsch nach Wien

Der Frieden
Ich liebe den Frieden
wie jeden Teil meines Herzens.
Soll doch die ganze Welt
Frieden halten
und die Taube sich überall
niederlassen,
wo sie will!
(Geschrieben von Kristina,
9 Jahre, in der Pause eines
Friedenskonzertes im Oktober
1981)



Am 15. Mai: Salzburger zum Friedensmarsch nach Wien

Es muß am 15. Mai um den Frieden gehen und nicht um Propaganda für oder gegen die eine oder die andere Seite. Wer für den Frieden demonstriert, muß auch deutlich gegen die Verhängung des Krieges in Polen demonstrieren. Wer die amerikanische Intervention in El Salvador verurteilt, muß auch die sowjetische Intervention in Afghanistan verurteilen. Wer österreichische Waffenexporte in lateinamerikanische Diktaturen verurteilt — und dafür gibt es sehr gute Gründe — darf auch für Waffenexporte anderer Staaten in die gleichen oder gleichartige Diktaturen nicht blind sein.

Sonderzug nach Wien: Abfahrt 15. Mai um 10 Uhr. Hin- und Rückfahrt: 200 Schilling.



Am 15. Mai: Salzburger zum Friedensmarsch nach Wien

Aus einem Diskussionsbeitrag des SP-Klubobmannes Heinz Fischer in der Mainnummer der „Zukunft“:

„Sicher ist nur eines: Daß die derzeitige Entwicklung die Gefahr einer verhängnisvollen Eskalation dramatisch vergrößert; daß die Vorstellung, eine Seite könne den Rüstungswettlauf gewinnen, eine gefährliche Illusion ist; daß die Vorstellung von einem ‚gerechten Krieg‘ mit Atomwaffen immer absurder wird.“

Sonderzug nach Wien: Abfahrt 15. Mai, 10 Uhr, Rückfahrt am Abend. Hin- und Rückfahrt: 200 Schilling.

Über das Thema „Mädchen pfeifen...? — das Frauenbild in Schule und Erziehung“ wird heute abend (20 Uhr) im Sternbräu Staatssekretärin Johanna Dohnal referieren. In dieser Veranstaltung der JG-Frauengruppe werden weiters Gemeinderat Dr. Herbert Fartacek und Prof. Mag. Rudolf Wordian Beiträge zur derzeitigen schulpoli-

sich in eine traditionelle Frauenrolle zu finden. 45 Prozent aller Eltern halten nach wie vor die „gute Partie“ ihrer Tochter für das Wichtigste in deren Leben. Dementsprechend wird auch über die Ausbildung der Tochter entschieden.

Besonders in den berufsbildenden Frauenschulen und in den Frauen-„Ober“-Schulen, die

JG-Veranstaltung mit Staatssekretärin Dohnal

„Mädchen pfeifen...?“

tischen Situation bringen. In der anschließenden Diskussion sollen Fragen zur 7. Schulorganisationsnovelle ebenso behandelt werden, wie allgemeine Fragen zur Mädchenerziehung.

Mädchen pfeifen...? Natürlich pfeifen heute auch Mädchen, und niemand dachte daran, ihnen deshalb etwa den Kragen umzudrehen. Und trotzdem, die Erziehung von Mädchen und Buben in Elternhaus, Kindergarten und Schule unterscheidet sich noch immer. Mit anderen Worten, von Kindesbeinen an lernt das Mädchen,

trotz gesetzlicher Öffnung praktisch nicht von der männlichen Jugend besucht werden, ist die Erziehung laut Lehrplan auf einseitig weibliche Erziehungsziele festgelegt. Das Mädchen lernt dort in der Hauptsache „Voraussetzungen für eine rationelle und kultivierte Haushaltsführung und -planung“ (Originalzitat aus einem Lehrplan, 7. Klasse). Erst eine Änderung der Lehrpläne und der Bezeichnung dieser Schulen könnte hier Abhilfe schaffen.

Denn es ist ein trauriges Faktum, daß die Absolventinnen



dieser Schulen gegenüber anderen Schulabgängern minderqualifiziert sind. Sie sind dies vor allem deshalb, da sie nur für „typische Frauenberufe“ ausgebildet werden, in denen sie fast keine Arbeitsplätze mehr bekommen. Außerdem liegt das durchschnittliche Einkommen dieser Berufe weit unter dem der Männerberufe.

Ob die neue Schulorganisationsnovelle in dieser Hinsicht positive Veränderungen schaffen wird, ist mehr als umstritten. Vielmehr scheint es so, daß es auch durch diese Novelle nicht gelingen wird, eine veraltete, konservative Frauenerziehung in Zukunft zu beseitigen. Solange sich aber Frau und Mann im Berufsleben nicht mit gleicher Ausbildung und gleicher Qualifikation gegenüberstehen, ist das Wort der Gleichberechtigung eine leere Floskel.

JG-Frauengruppe

Wahlplanverbesserung gefordert

Die junge Generation in der SPÖ Flachgau hielt am vergangenen Wochenende im Gasthof „Zur Post“ in Seekirchen ihre ordentliche Bezirkskonferenz ab. Dabei kam es zu einem Wechsel an der Spitze der JG-Flachgau: Der 28-jährige Eleonharder Josef Rosenkranz aus Seekirchen löste den 35-jährigen Krankenpfleger Siegfried Wollner, ebenfalls aus Seekirchen, als Bezirksvorsitzenden ab.

Wollner wird in seiner zukünftigen Arbeit den Seekirchner SPÖ-Vorsitzenden Nacovsky entlasten, dessen neuer Tätigkeitsschwerpunkt seit Jänner im Salzburger Landtag liegt. Landtagsabgeordneter Nacovsky meinte in einer Wortmeldung, daß sich Siegfried Wollner mit seiner engagierten Jugendarbeit für seine neuen Aufgaben in der Gesamtpartei bestens qualifiziert habe.

Das Hauptreferat der Bezirkskonferenz hielt Landeshauptmannstellvertreter Dr. Herbert Moritz.

Im Antrag der JG-Sträßwalchen zum Pendlerproblem klingt deutlich die Enttäuschung durch, daß bisher so wenig erreicht worden ist. In diesem beschlossenen Antrag fordert die JG, auch kleine Verbesserungen bei der Anbahnungsgestaltung und eine bessere Koordinierung der Verkehrssträger Erleichterung schaffen können.

Für die nächsten zwei Jahre wird der Seekirchner Josef Rosenkranz die Geschicke der Flachgauer JG leiten. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter die JG-Vorsitzenden von Sträßwalchen und Elixhausen, Matthias Aigner und Sylvia Kirnstötter. In den neuen Bezirksvorstand wurden Peter Braunwieser und Ilse Ellmauer als

Kassiere gewählt, Angelika Strumegger und Lydia Roider als Schriftführer, sowie Roman Wagenbichler und Thomas Wolf als Bildungsreferenten. Für die Öffentlichkeitsarbeit wird Franz Winkler zuständig sein. In die Kontrolle wurden Eduard Jost, Gard Spilka und Erwin Aigner gewählt.

Neuwahlen in Seekirchen

Bei der kürzlich in Seekirchen abgehaltenen Jahreshauptversammlung der SPÖ Seekirchen wurde der Ortsobmann LABg. Gemeinderat Othmar Nacovsky einstimmig wieder als Obmann bestätigt. In seinem Bericht befaßte sich Nacovsky mit organisatorischen Fragen, wobei er besonders darauf hinwies, daß er auf Grund seiner Bestellung als Landtagsabgeordneter die Funktionen in der Ortsorganisation und in der Gemeinde weiterhin voll und ganz weiterführen wird. Es wurde ihm aber als Entlastung ein geschäftsführender Obmann zur Seite gestellt, der Nacovsky bei Terminüberlastung sowohl als Ortsobmann als auch als Gemeindefraktionsführer vertreten wird.

In seinem Bericht über die Tätigkeit der SPÖ-Mandatare in der Gemeinde stützte er auf die gute Zusammenarbeit in allen wichtigen Fragen, die die Bevölkerung betreffen, mit den beiden anderen Fraktionen in der Gemeindevertretung hin. Er wies wieder

auf die SPÖ-Schwerpunkte im Wahlprogramm 1979 hin, wo mehrere Forderungen in der jüngsten Zeit realisiert bzw. in Kürze einer Realisierung zugeführt werden (Bahnunterführung, Engstellen im Straßenverkehr: Marktbeereich und in der Wimmisiedlung sowie den Ausbau der Wallerseestraße vom Hirschwirt zum Bahnhof, weiters die Verrohrung des Schaufmühlbaches). Bezirksobmann Landesrat Wolfgang Radlegger hielt ein vielbeachtetes Referat.

Im neuen SPÖ-Ortsausschuß sind neben Nacovsky 1. Obmannstellvertreter mit geschäftsführenden Aufgaben ausgestattet: Siegfried Wollner, weiters wurden zu Stellvertretern Heinz Hundberger und Felix Junger jun., zum Hauptkassier Dipl.-Ing. Franz Kriechhammer, zum Schriftführer Roman Sekot bestellt. Die weiteren Mitglieder: JG: Josef Rosenkranz; Pensionistenverband: Felix Junger sen., Kinderfreunde: Reinhold Taferner und Johann Ibinger.



Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Herbert Moritz gratulierte dem neuen Bezirksvorsitzenden der JG-Flachgau zu seiner einstimmigen Wahl. Rechts im Bild der scheidende Bezirksobmann der JG, Siegfried Wollner.

JG will Offenlegung aller Parteispenden ST 17.4.

ÖVP gefährdet mit Widerstand gegen Transparenz Demokratie

SALZBURG. Es sei durch die in letzter Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehende Skandale im Zusammenhang mit Parteienfinanzierung zu einer Erschwerung der politischen Arbeit gekommen, stellt der Landesobmann der Jungen Generation der SPÖ, Paul Pirker, in einer Erklärung zum Thema „Offenlegung der Parteispenden“ fest. Mit einem Seitenblick auf die Sekretärsagung der ÖVP in Salzburg, die erstmals ohne Landespartei sekretär Zimper stattfand, meinte Pirker, die JG empfinde keine Genug-

Vordergründig sei das Bekenntnis der ÖVP zur Undurchsichtigkeit ihrer Finanzen verständlich, wenn sie fürchten müsse, bei mehr Transparenz weniger Geld einzunehmen. Sie könne dann wohl auch nicht mehr solche aufwendige Kampagnen bezahlen, wie die derzeitige gegen den Bau des UNO-Konferenzentrums.

Nur wer Angst habe, daß Einkommen — seien es Parteien, gemeinnützige Vereine oder Einzelpersonen — mit der erbrachten Leistung oder mit Redlichkeit nicht im Einklang stehe, der verschanze sich hinter dem Datenschutzgesetz.

Pirker stellt die Frage, ob die ÖVP etwa glaube, daß Unternehmer vor Lohnverhandlungen mit ihrem Betriebsrat zittern müssen, wenn bekannt wird, daß der Betrieb sich Unsummen an die ÖVP leisten kann. „Kann sich die ÖVP nach den WBO-Vorkommnissen leisten, daß ihr sicherlich weiterhin unterstellt wird, ihre Geheimnistuerei um ihre Finanzen hänge mit Schwarzgeldern zusammen?“ fragt Pirker weiter.

Das Ansehen unserer Demokratie habe einen höheren Stellenwert als das Verheimlichen von Geldquellen. Deshalb fordert die Junge Generation die ÖVP auf, ihren Widerstand gegen das Gesetz zur Offenlegung der Parteispenden fallenzulassen. Ihre eigene Gesamtpartei fordert die JG in der SPÖ auf, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß Spenden an politische Organisationen ohne jede Untergrenze offengelegt werden müssen.



tuung darüber, daß ein ÖVP-Politiker nach dem anderen eingesperrt werde.

Viele junge Menschen könnten sich der Assoziation nicht erwehren, daß ein Engagement in einer politischen Partei ein Ja zur öffentlichen Unmoral bedeute. Für den Erhalt und die Entwicklungsfähigkeit der Parteiendemokratie geradezu bedrohlich scheint der JG die Ablehnung der Offenlegung der Parteispenden durch die ÖVP.

Für die JG sei die ausnahmslose Transparenz bei der Finanzierung der politischen Parteien eine Existenzfrage als politische Jugendorganisation, betonte Pirker.

Junge SP für Offenlegung SN

SALZBURG (SN). Die Junge Generation der SPÖ in Salzburg tritt in einer Erklärung für ein Gesetz ein, wonach Spenden an politische Organisationen ohne jede Untergrenze offenzulegen sind. In der Ablehnung einer Offenlegung der Parteispenden durch die ÖVP sieht die Junge SP den Erhalt und die Entwicklungsfähigkeit der Parteiendemokratie bedroht. In der Erklärung heißt es auch, ohne „Undurchsichtigkeit ihrer Finanzgebarung“ könnte die ÖVP nicht derart aufwendige Kampagnen bezahlen, wie sie derzeit gegen den Bau des Konferenzentrums in Wien laufen.

Erste Reaktionen auf Ablehnung des ARGE-Rainberg-Projektes:

„Wir wollten ja keinen Kulturpalast“

SALZBURG. Wie bereits kurz berichtet, beschloß die Landesregierung am Montag auf Grund eines Gutachtens der Hochbauabteilung, vom Ankauf des Brauereigeländes am Rainberg (ehemalige Sternbrauerei) Abstand zu nehmen. Die Sanierung der Bausubstanz und der Kaufpreis hätten Aufwendungen der öffentlichen Hand jenseits der 100-Millionen-Grenze erforderlich gemacht. Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer: „Der Ankauf ist nicht zu vertreten, wir hoffen auf die Vernunft der jungen Leute!“

Man habe sich mit dem Wunsch der ARGE Rainberg ernsthaft auseinandergesetzt, doch seien die Kosten einer Sanierung am Rainberg so enorm, daß damit allen anderen Initiativen der finanzielle Boden entzogen würde, meint LhStv. Dr. Herbert Moritz. Es gehe nun um die Förderung dezentraler Einrichtungen.

LhStv. Dr. Hans Katschthaler hielt sich zugute, daß auch jetzt schon alternative Aktivitäten gefördert würden. Der Petersbrunn-

hof und der teilweise offenstehende Probensaal des Mozarteum-Orchesters in der Riedenburg stünden zur Verfügung, wenn sich die jungen Leute „mitteleuropäisch“ zu verhalten wüßten.

Als unglücklich bezeichnete Dr. Moritz die Verbindung, die von den Rainberg-Befürwortern zum längst notwendigen Probenraum für das Mozarteum-Orchester hergestellt wurden. Es gehe nicht an, daß berechnete, aber unvergleichbare An-

liegen gegeneinander ausgespielt würden.

WUT WÄCHST!

In einer ersten Stellungnahme betonte der Landesobmann der Jungen Generation der SPÖ, Paul Pirker, die Gefahren dieser Ablehnung des Kulturgeländes am Rainberg bestünden darin, daß die jungen Leute in der Meinung bestärkt würden, daß konstruktive Vorschläge (wie es sie von der ARGE Rainberg gibt) ohnedies nichts fruchten und daß dadurch die Wut wachse.

Die Berechnung der Kosten von 100 Millionen Schilling sei nach Meinung der Befürworter des Projekts viel zu hoch gegriffen. „Es ging ja nicht um einen Kulturpalast im Stil des Festspielhauses!“ zweifelt Pirker an einem alternativen Vorstellungsvermögen bei den Leuten der Hochbauabteilung.

Pirker meinte, daß man trotzdem nicht resignieren und das Gedankengut der Basiskultur stärker verbreiten wolle. Die Basiskultur sei ein neuer Anlauf, Kultur auf eine breitere Basis zu stellen. Mit dem bisherigen Konzept der Sozialdemokratie, den Arbeitern die Hochkultur zu erschließen, sei nicht das Auslangen zu finden.

gen ausgegangen sei und somit zu viel zu hohen Kosten gekommen sei (laut SN vom Dienstag Gesamtkosten für Ankauf, Sanierung und Adaptierung rund 100 Mill. S). Die ARGE Rainberg hätte ja nicht einen „Kulturpalazzo“ à la Festspielhaus im Auge gehabt, sondern eine „Stätte vielfältiger Kreativität“.

Deshalb gehe auch der Hinweis der Landespolitiker daneben, man schaffe im Petersbrunnhof, im zu errichtenden Probensaal für das Mozarteum (auf dem Ford-Schmidt-Gelände) Kulturstätten für Jugendliche. Ebenso wenig könnten die von SP-Stadtrat Buchleitner vorgeschlagenen „dezentralen Jugendzentren“ in verschiedenen Stadtteilen einen Ersatz für das Großprojekt darstellen, meint Pirker.

Es sei bedauerlich, daß sich bei allen zuständigen Politikern so wenig Bereitschaft gezeigt hätte, auf die „konstruktiven Vorschläge“ der ARGE einzugehen und nun einen so endgültigen Beschluß zu fassen. Die Junge SP werde nun innerparteilich versuchen, gerade an dieser Endgültigkeit zu kratzen.

Sternbrauerei wird kein „Kulturgelände“

Die Salzburger Landesregierung beschloß Montag, das Gelände der Sternbrauerei samt den daraufstehenden Objekten nicht für ein Jugendzentrum anzukaufen, die Liegenschaft am Fuße des Rainberges im Stadtteil Riedenburg sollte auf Wunsch der Arge Rainberg in ein Veranstaltungszentrum für die Jugend umgewandelt werden. Die Regierung stützt sich bei ihrem Beschluß auf Gutachten der Hochbauabteilung. Darin heißt es, daß die vorhandene Bausubstanz zum größten Teil abbruchreif sei. Allein die Sanierung würde etwa 55 Millionen S kosten. Damit sei aber nur der derzeitige Be-

stand zu erhalten. Der Ausbau des Kanals, die Versorgung mit Strom und Wasser, der Einbau einer Heizung und der sanitären Anlagen und die Berücksichtigung der Auflagen der Veranstaltungs-, Bau- und Feuerpolizei seien nicht berücksichtigt. Die Hochbauabteilung schätzt die Gesamtkosten für Ankauf, Sanierung und Adaptierung auf etwa 100 Millionen S. Landeshauptmann Haslauer und LhStv. Herbert Moritz sagten, damit wären allen anderen kulturellen Aktivitäten für die Jugend in Salzburg die finanzielle Basis entzogen.

SN 24.4.82 Junge SPÖ ist „irrsinnig enttäuscht“

Rainberg-Absage auch innerparteiliche Niederlage

Die Junge Generation der SPÖ Salzburg ist „irrsinnig enttäuscht“ über den Beschluß der Landesregierung, das Gelände der alten Sternbrauerei am Rainberg nicht zur Schaffung eines „offenen Kulturgeländes“ anzukaufen. Wie Obmann Paul Pirker betonte, fasse die JG diesen Beschluß als innerparteiliche Niederlage auf, weil daran ja auch die sozialistischen Regierungsglieder mitgewirkt hätten. Pirker meint, daß die Untersuchungen des Landes über Sanierung und Adaptierung von falschen Voraussetzun-

SN 24.4.82 „Nadelstreif hat seine Funktion verloren“

SPÖ-Partelobmann Moritz mit der Parteiljugend zufrieden — Gegen atomwaffenfreie Zone

Nicht allen Forderungen der Bundeskonferenz der Jungsozialisten in Linz vermag sich der Landespartelobmann der SPÖ Salzburg, Herbert Moritz, anzuschließen. So sei er mit der Mehrheit seiner Partei gegen eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Zu der von der „Jungen Generation“ verlangten schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche bis 1985 und fünf bis sechs Wochen Urlaub für ältere Arbeitnehmer ab kommenden Jahr sagte Moritz, langfristig könnten wohl über eine Verkürzung der Arbeitszeit Arbeitsplätze gehalten werden. Er sei aber hier der Meinung des Bundeskanzlers, daß dies Angelegenheit der Sozialpartner bleiben müsse. Für Salzburg mit einem starken „Tertiärbereich“ in der Wirtschaft käme 1985 auf alle Fälle zu früh.

Die in Linz geforderte Rückkehr

zur Grundsatztreue in der Partei sei nach Ansicht von Moritz in Salzburgs SPÖ nicht erforderlich. Im Bewußtsein der Parteigenossen seien die Prinzipien nie aufgegeben worden. In allen Gremien, so habe er das Gefühl, sei das Korneuburger Programm stärker als zuvor da. Die Wohlstands- und Wachstumseuphorie sei überall im Abklingen. Ordnung und Sauberkeit seien wieder im Vordergrund. Der „Nadelstreif“- (Sozialismus) habe seine Funktion verloren. Überall werde die Arbeitsplatzproblematik diskutiert.

Mit der Jugend gäbe es in der Salzburger Organisation keine Probleme. Früher habe sich die Jugendorganisation abgekapselt und hin und wieder einen Schuß Richtung Partei abgefeuert. Heute arbeite die Jugend in den Partelsektionen mit. Dort würden die Intellektuellen mit

den Ansichten der Partei, der Arbeiter und der Angestellten konfrontiert, was fruchtbar sei.

Als Beispiel dafür, daß die sozialistische Jugend in Salzburg durchaus noch kritisch sei, erwähnte Landespartelobmann Moritz den Protest der Jungen Generation gegen den Ankauf des Ford-Schmidt-Geländes in der Riedenburg zur Errichtung einer Landeszentralgarage und eines Probenraums für das Mozarteum-Orchester.

Frauenhaus in der Diskussion

SALZBURG. Mit einer Diskussion über das Frauenhaus, bei der auch Landesrat Sepp Oberkirchner anwesend sein wird, tritt am Montag im Sternbräu die neu gegründete Frauengruppe der Salzburger Jungen Generation zum ersten Male vor die Öffentlichkeit.

Die JG-Frauengruppe will für alle Schichten offen sein, will eine Anlaufstelle für jene Frauen sein, die politisch erst einmal Erfahrung sammeln wollen, ohne sofort Parteimitglied zu werden. Für Frauen jeden Alters, die politisch arbeiten wollen, aber keinen Zugang zu den SPO-Frauenkomitees haben, weil dies nur den Frauenreferentinnen der einzelnen Sektionen zusteht. Das Hauptgewicht liegt natürlich auf der Erarbeitung spezieller Frauenthemen, wobei aber auch allgemein politische Themen ihren Platz finden werden.

Für die Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Salzburger Frauenhaus, die Montag, 20 Uhr, im Sternbräu (Hochzeitszimmer) über die Bühne gehen wird, wurden in der Stadt Salzburg Straßeninterviews durchgeführt. Dabei

zeigte sich auch, daß die Mehrheit der Befragten zwar um die Funktion eines Frauenhauses wußte, daß es zum Teil aber auch für ein Bordell gehalten wird. Doch nur die Hälfte der interviewten Passanten wußte, daß es auch in Salzburg ein Frauenhaus gibt. Die Notwendigkeit eines Hauses für mißhandelte Frauen wurde jedoch kaum bezweifelt.

In der bevorstehenden Diskussion mit dem zuständigen Landesrat Sepp Oberkirchner wird es unter anderem um die Fragen gehen, warum es nicht (wie in Wien und Linz) selbstverwaltet ist.

Für die nächste Zukunft hat sich die JG-Frauengruppe vorgenommen, die Frauen in der Werbung sowie die Frauen, die in führenden Positionen bei Stadt und Land Salzburg angestellt sind, anhand einer Falluntersuchung genau unter die Lupe zu nehmen. Darüber hinaus sollen diverse Veranstaltungen die Kontaktaufnahme mit anderen Frauen und die Zusammenarbeit mit Frauengruppen (zum Beispiel Linzer JG-Frauen) in Schwung bringen.

Frauenhaus fast ausgelastet Weitere Wohnungen notwendig

SALZBURG. Seit Eröffnung des Frauenhauses am 15. Februar 1980 haben insgesamt 108 Frauen und 159 Kinder diese Einrichtung in Anspruch genommen. Mit dieser Bilanz zeigte Landesrat Sepp Oberkirchner in seiner Funktion als Präsident des Vereines „Rettet das Kind“ am Montag bei einer Podiumsdiskussion im Sternbräu die soziale Bedeutung des noch relativ neuen Frauenhauses auf.

Dabei hat sich gezeigt, daß nicht allein Frauen aus der Landeshauptstadt Zuflucht im Frauenhaus suchen. 62 Frauen und 77 Kinder sind aus der Stadt, 20 Frauen und 28 Kinder aus dem Bezirk Salzburg-Umgebung, 22 Frauen und 49 Kinder aus den anderen Bezirken und vier Frauen und fünf Kinder aus anderen Bundesländern gekommen. Allein im Jahr 1981 haben sich 58 Frauen mit 86 Kindern an das Frauenhaus um Aufnahme gewandt.

Derzeit stehen im Frauenhaus 32 bis maximal 34 Aufnahmebetten zur Verfügung. Seit Frühsommer 1981 ist das Haus fast durchwegs mit 25

bis 30 Personen belegt. Die Aufenthaltsdauer ist unterschiedlich. Seit Bestehen des Frauenhauses blieben 28 Frauen bis zu drei Tagen, 20 Frauen ein bis zwei Wochen, 31 Frauen ein bis drei Monate und 21 Frauen länger als drei Monate.

Von den zwischenzeitlich wieder aus dem Frauenhaus ausgezogenen Frauen haben sich 27 scheiden lassen und eine eigene Wohnung bezogen. 30 Frauen gingen mit ihren Kindern wieder zum Gatten zurück. 13 Frauen sind mit den Kindern zu den Eltern der Frau oder zu Verwandten gezogen. Zwei Frauen sind mit ihren Kindern nach erfolgter Scheidung wieder zum Gatten zurückgegangen.

Als Zielvorstellung für dieses Jahr nannte Oberkirchner den Ankauf oder die Anmietung von ein oder zwei größeren Wohnungen durch den Verein „Rettet das Kind“. Dies sei aufgrund der andauernden hohen Belagszahl im Frauenhaus erforderlich.

Frauenhaus-Diskussion im Sternbräu

Zum Schlag die Schande

Den untragbaren Zustand, daß auf Grund einer Kündigung zur Zeit nicht einmal eine einzige Sozialarbeiterin zur Verfügung steht, versprach Oberkirchner schnellstens abzuschaffen. Es sei auch geplant, Wohnungen anzumieten, um den Frauen den Übergang vom Heimleben zu einem selbständigen Leben zu erleichtern. Dann habe man so wieso mit einer Sozialarbeiterin zuwenig, stellte der Landesrat fest.

SALZBURG. Wie notwendig die am Montag von der Frauengruppe der Jungen Generation veranstaltete Diskussion über das Salzburger Frauenhaus war, zeigten die Probleme jener betroffenen, also mißhandelten Frauen, die sich vom Frauenhaus in das brechend volle Jägerstüberl des Sternbräus gewagt hatten.

Die Gelegenheit beim Schopf packend, Landesrat Sepp Oberkirchner (zugleich Präsident von „Rettet das Kind“ und somit Verantwortlicher für das Frauenhaus) ihr Herz auszusüßten, nahmen sich die Frauen bald kein Blatt mehr vor den Mund.

„Wenn du darin bestehen willst, mußt du eine Haut haben wie ein Elefant“, kritisierte eine der derzeit zwölf Insassen. Sie meinte damit vor allem die Probleme, die sich auf Grund beengter Räumlichkeiten ergeben. Zwölf Frauen kleben mit 24 Kindern auf engstem Raum aneinander, man kann nicht ausweichen, nicht allein sein. Worunter vor allem auch die ohnehin schwer belasteten Kinder leiden: „Die Kinder blocken ab, wenn sie bemerken, daß ein Gespräch mit der Mutter mitgehört wird.“

Ein besonderes Problem stellt die Achtung der mißhandelten Frauen durch die Gesellschaft dar, die vor allem bei der Arbeitssuche zutage tritt. Es ist zwar eine Tatsache, daß viele Bürger noch immer Frauenhaus mit Freudenhaus verwechseln, im allgemeinen wird man aber dieses Mißverständnis Arbeitgebern nicht zubilligen können, wenn sie die Abfuhr mit den Worten erteilen: „Ah, Sie sind vom Frauenhaus – Sie können wir nicht brauchen.“ Wie eine Wortmeldung am Montag bewies, gilt offenbar noch immer

die Regel: „Jede Frau bekommt den Mann, den sie verdient.“

Dem Vorwurf eines Polizeibeamten, daß ein Großteil der Frauen selber an den Mißhandlungen schuld sei, weil sie sich ihren betrunkenen Männern gegenüber undiplomatisch verhielten, entgegnete berechnete Entrüstung. „Frauen werden für die Gefühlswelt der Männer verantwortlich gemacht. Warum muß eine Frau immer diplomatisch sein?“ fragte eine Diskussteilnehmerin im Namen wohl aller.

Bereits zu vorgerückter Stunde schloß die JG-Frauengruppe die Debatte mit einer Resolution, der auch Landesrat Oberkirchner zustimmte. Zu den Forderungen zählt die Behebung der personellen und räumlichen Mängel sowie die vermehrte Öffentlichkeitsarbeit, um sämtliche Mißverständnisse um das „Frauenhaus“ auszuräumen. Vor allem sollen auch Wohnungs- und Arbeitsamt vom Sozialamt aufgeklärt werden.

JG Pongau für besseren Jugendschutz und eine breitere Kulturförderung

BISCHOFSHOFEN. Unzufriedenheit in der Jungen Generation der SPO Pongau über die derzeitige Verteilung der Kulturmittel auf Landesebene und das geltende Jugendschutzgesetz. In ihrer Bezirkskonferenz bemängelte die JG vergangenen Freitag, daß die sogenannte Hochkultur wie beispielsweise die Salzburger Festspiele zu sehr bevorzugt würde. Nutznießer sei dabei nur eine kleine privilegierte Bevölkerungsschicht. Auf der Strecke blieben kleine Kulturinitiativen und vor allem der ländliche Raum. In einem Antrag an die Pongauer SPO-Bezirkskonferenz tritt die JG deshalb für eine Umverteilung der Kulturförderungsmittel des Landes zugunsten des ländlichen Raumes und kleinerer Aktivitäten auf Kosten der sogenannten Hochkultur ein.

In einem weiteren Antrag an die JG-Landeskonferenz verlangt die JG Pongau eine Verbesserung des Jugendschutzgesetzes. Es bedürfe einer verständlicheren Ausdrucksform, einer Vereinfachung der Altersgrenzen und größerer Geschlechtsneutralität. Anstelle der geltenden Reglementierungen sei im Jugendschutzgesetz neben dem Schutz vor allem ein Förderungsteil wünschenswert. Etwa in der Form, daß der Jugend Räumlichkeiten in öffentlichen Gebäuden wie Schulen für diverse Aktivitäten zugänglich gemacht würden.

Ebenfalls nicht zufriedenstellend ist nach Ansicht der JG Pongau

der derzeitige Modus des Führerscheinerwerbs. In der heutigen Gesellschaft sei das Auto ein notwendiger Gebrauchsgegenstand und der Führerschein vor allem im Berufsleben fast eine Voraussetzung. Das österreichische Schulsystem nehme für sich in Anspruch, junge Menschen für das Leben und die Bedürfnisse der Wirtschaft auszubilden. Es müßten daher Wege gefunden werden, jungen Menschen im Rahmen ihrer Ausbildung den Führerscheinerwerb ohne teuren Fahrschulbesuch zu ermöglichen.

Im Hauptreferat der Bezirkskonferenz bekräftigte SJO-Bundesobmann Josef Cap seinen bekannten Standpunkt zu den Alternativbewegungen. Der zu Ende gehende Wachstumsfetischismus verlange einen Umdenkprozeß in Richtung neuer Werte wie etwa dem Umweltschutz oder der immer verbreiteter zum Ausdruck kommen-

den Friedenssehnsucht. Besonders die Jugend habe hohe moralische Ansprüche an die Politik. Die Weltkrise führe größtenteils auf das jetzige System zurück. In der sozialistischen Parteipolitik seien ebenfalls politisch-ideologische Erneuerungsprozesse unumgänglich.

Bei der Konferenz im Gasthof „Zur Stiege“ begrüßte Bezirksobmann Roland Irnberger neben Landesobmann Paul Pirker und OGB-Landesjugendobmann Franz Gröbl auch Bundesrat Peter Köpf, der auf die fruchtbringenden Bemühungen der Salzburger SPO bei der Einbeziehung der jungen Menschen in den politischen Entscheidungsprozessen verwies. Neue Wege beschritt die JG Pongau bei ihrem Tätigkeitsbericht, der im Rahmen einer Tonbildschau vorgestellt wurde. Derzeit gibt es im Pongau in sieben Gemeinden JG-Gruppen.

Anstelle des aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Roland Irnberger wurde Peter Krlsmer (Bischofshofen) einstimmig zum neuen JG-Bezirksobmann gewählt. Dem Vorstand gehören weiter die Stellvertreter Andrea Göschl (Bischofshofen), Michael Mooslechner (Flachau) und Rudi Trauner (Dorfsteinsten), die Schriftführerin Monika Gröbl (Tenneck) und der Kassier Hannes Hallinger (Altenmarkt) an.

Moritz auf der Bezirkskonferenz der JG Flachgau

Vertrauen der Jugend zur SPÖ lässt sich gut rechtfertigen

SEEKIRCHEN. Nach zwölf Jahren sozialistischer Verantwortung könne sich heute die österreichische Jugend nicht mehr vorstellen, wie provinziell und — im europäischen Vergleich — wirtschaftlich unterentwickelt Österreich noch unter der OVP-Alleinregierung gewesen sei, meinte Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Herbert Moritz bei seinem Referat auf der Bezirkskonferenz der JG Flachgau.

Gerade im Jugendbereich könne die SPÖ auf Erfolge verweisen, die den bei Umfragen bestätigten Vertrauensvorsprung bei Jugendlichen rechtfertigten. So betrage die Ju-

gendarbeitslosigkeit in Italien 29 Prozent, in Großbritannien 20, in den USA 10 und in der BRD 9 Prozent. Österreich könne sich hier mit 0,9 Prozent sehen lassen.

Die Bezirkskonferenz brachte auch einen Wechsel an der Spitze der JG. Der 26jährige Eisenbahner Josef Rosenkranz löst Siegfried Wollner als Vorsitzenden ab. Wollner, der in den letzten sechs Jahren entscheidend zur Stärkung der Organisation beigetragen hatte, wird in Zukunft Othmar Nacovsky als Ortsobmann in Seekirchen entlasten. Nacovsky zog bekanntlich im Jänner in den Landtag ein.

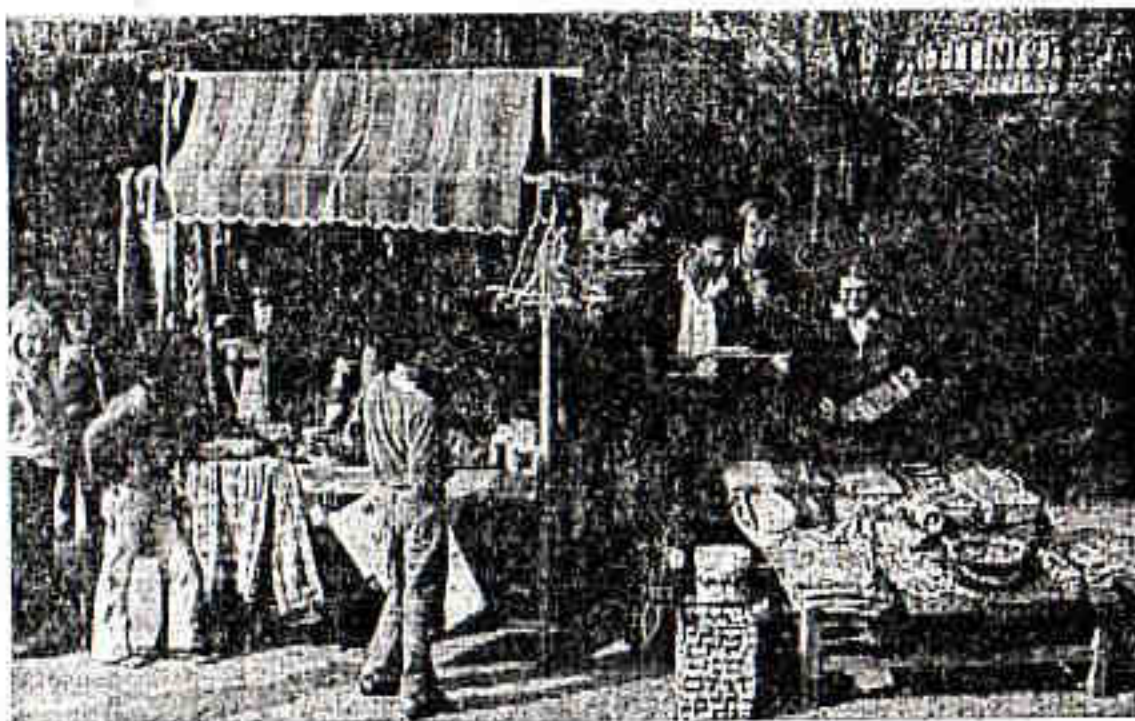
ST

1.4.82



Der scheidende Bezirksvorsitzende der JG Flachgau Siegfried Wollner (links) gratuliert seinem Nachfolger Josef Rosenkranz zur einstimmigen Wahl. TAGBLATT-Foto

Dritte-Welt-Bazar in Itzling



SALZBURG. Schon zum dritten Mal veranstaltet die Junge Generation Itzling einen „Dritte-Welt“-Bazar. Am Samstag, 3. April, findet man vor dem Konsum Itzling am Veronaplatz Gelegenheit, das eine oder andere Geschenk für Ostern zu besorgen. Die Möglichkeit zum Einkauf von Korbwaren, Lederartikeln, Honig aus Lateinamerika

und vieles mehr bietet sich in der Zeit von 8 bis 12 Uhr. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Produkte geht den Herstellern (Handwerker) direkt zu, der Gewinnverlust für die Produzenten fällt durch den Zwischenhandel aus. So leistet man durch den Verkauf dieser Artikel einen einfachen Beitrag gegen die herkömmliche Ausbeutung der „dritten Welt“.

Sa, 3. 4. 82 Junge Generation läuft gegen Entscheidung des Landes Sturm:

Ankauf für JG „äußerst unerwünscht“

SALZBURG. Die Junge Generation halte die Vorgangsweise des Landes beim Ankauf des Geländes von Ford Schmidt in der Riedenburg für „mehr als bedenklich“, stellte gestern der JG-Obmann Stadt, Mag. Johann Maier, fest. Dieser Ankauf um 25 Millionen Schilling sei in seinem Ergebnis für das Verhältnis von Jugend und Politik äußerst unerwünscht.

Die Kritik der JG Stadt richte sich nicht gegen die Unterstützung des Mozarteum-Orchesters, sondern gegen eine in diesem Fall „unkoordinierte und einseitig ausgerichtete Kulturpolitik“.

Maier kritisiert weiter, daß es für dieses Ford-Schmidt-Areal kein Nutzungs- und Funktionskonzept in Absprache mit der Jugend und den Betreibern des Projektes Rainberg gegeben habe: „Garagen wie auch der Probenraum des Mo-

zarteum-Orchesters hätten auch im Rainberggelände Platz gefunden!“

Die Bezirkskonferenz der JG Stadt hat beschlossen, Land und Stadt mögen das Rainberggelände ankaufen, der Ankauf des Ford-Schmidt-Geländes sei dort entschieden abgelehnt worden. Die von mangelnder Lernfähigkeit der Politiker geprägte Kulturpolitik in der hier praktizierten Form erfülle lediglich den wirtschaftlichen Auf-

trag, Salzburg weiter vermarktungsfähig zu erhalten.

Diese Kulturpolitik, so Maier, leiste keinen Beitrag zur Milderung oder Lösung sozialer Konflikte. Die Konzeptlosigkeit und krasse Ungerechtigkeit der Verteilung im Kulturbudget („Almosenmentalität“) verschärfe diesen Konflikt noch mehr.

Schreiben an Sekanina. Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer richtete in einem Schreiben an Bauenminister Karl Sekanina die dringende Bitte um eheste Realisierung des neuen Finanzgebäudes St. Johann im Pongau.

ST

2.4.82

Salzburger Tagblatt

Freitag 29. 1. 1982

Polizei und Jugend: Erster geglückter Dialog

SALZBURG. Die Diskussionsveranstaltung der Jungen Generation über die Polizei wurde dank der (privaten) Anwesenheit von Polizeibeamten ein Dialog mit der Polizei. Zum eigentlichen Thema, nämlich ob die österreichische Polizei bewaffnet oder nach englischem Vorbild unbewaffnet sein soll, gab es wenig Übereinstimmung. Besser wurde es, als man zu den unnötigen Reibungsflächen

fen! Wozu bräuchten wir sonst eine absolute Mehrheit der Sozialisten?

„DIE WAFFEN NIEDER?“

Dieser Punkt, das eigentliche Thema des Abends, war bald abgehandelt. Eine unbewaffnete Polizei nach englischem Vorbild, danach gibt es weder in der Polizei noch in der XY-verängstigten Bevölkerung große Sehnsucht. Das mußten auch die Befürworter dieses Wunsches in der JG zur Kenntnis nehmen. Allerdings konnte auch niemand die Frage schlüssig beantworten, warum denn wir Österreicher in dieser Beziehung so anders sind als die Briten. Sollten wir nicht endlich einmal versuchen, Ballast aus unserer Geschichte loszuwerden?

PLAKATFLÄCHEN FÜR INITIATIVGRUPPEN

In der Diskussion wurde schnell erkennbar, daß es oft die ungünstige gesetzliche Sachlage ist, welche Konflikte zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften hervorruft. So sind Initiativgruppen gezwungen, für ihre Veranstaltungen illegal zu plakätieren, da ihnen das Geld zum Anmieten von Plakatflä-

chen fehlt. Die Polizei wiederum ist wegen der Bestimmung des Mediengesetzes angehalten, solche Plakatieraktionen zu verhindern und illegale Plakatierer zur Anzeige zu bringen, was neuerdings mit Geldbußen bis zu 30.000 Schilling bestraft werden kann.

Übereinstimmung herrschte am Ende der Diskussion (bei der viele Vorurteile abgebaut werden konnten) darüber, daß sinnvollere gesetzliche Bestimmungen, die einerseits von den Jugendlichen leichter eingehalten werden können und andererseits von der Polizei leichter administrierbar sind, nötig sind.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Möglichkeit, an bestimmten Stellen im Stadtgebiet kostenlos und legal zu plakätieren. Ein weiterer Schritt muß die Zurrücknahme jener Verordnung sein, die — wie erwähnt — wildes Plakatieren mit Strafen bis zu 30.000 Schilling bedroht.

Außerdem: Wild angeschlagene Plakate oder geschlagene wilde Plakatierer? An der Antwort scheiden sich die politischen Geister dieser Stadt. Oder?



kam, nämlich wo die Polizei unsinnige Verordnungen und Gesetze exekutieren muß.

In der BRD muß die Polizei Startbahnen gegen Naturschützer, Atomkraftwerke gegen AKW-Gegner, Wohnungshäse gegen Hausbesetzer schützen. Die von unfähigen Verkehrs-, Energie- und Wohnbaupolitikern gebaute Suppe müssen Polizisten der Bevölkerung mit Gewalt einflößen. Der österreichische Weg soll anders verlaufen.

JG fordert Beteiligung des Pinzgaues an Wohnbauaktion

SALZBURG. In einer von JG-Bezirksobmann Josef Crnic anberaumten Sitzung des JG-Wohnbauausschusses wurde das Wohnbausonderprogramm des Bundes ausführlich diskutiert. Auf Grund der in einigen Orten bestehenden Wohnungsnot sowie auch im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherung im Pinzgau sah sich der Wohnbauausschuß bereits veranlaßt, zwei Gemeinden zur Beteiligung an diesem Sonderprogramm aufzurufen. Dieses Programm würde nicht zuletzt die sozial schwächeren Schichten berücksichtigen.

Weiters wurde auch der Beschluß gefaßt, daß die JG ab März 1982 jeden ersten Samstag im Monat in der Zeit von 9 bis 11 Uhr im Bezirkssekretariat der SPÖ in Zell am See, Kreuzgasse 16, einen öffentlichen Sprechtag in Wohnbaufragen abhalten wird.

Heute Abend Diskussion der „Jungen Generation“

Polizei in Waffen?

SALZBURG. Seit in Salzburg Fluchtrichtungsschüsse abgegeben werden, stellen manche wieder die Frage nach einer schußbewaffneten Polizei. Daß man in England im Bobby eine sympathische Figur sieht, hängt sicher mit deren friedlichem Erscheinungsbild zusammen. Was unterscheidet die Engländer von uns Österreichern?

Das wiederholte Bemühen der Jungen Generation (JG) um ein neues Verhältnis zwischen einer demokratischen Polizei und den Menschen in einer funktionierenden Demokratie wird von vielen mißverstanden. Die Vorurteile reichen von dem „Kusch, das sind ja alles Wähler!“ bis zum entlarvenden „Hab ich euch endlich, ihr wollt ja die Polizei abschaffen!“

Diese Mißverständnisse, soweit sie aus Polizeikreisen kommen, sind Ausdruck eines

gestrigen oder vorgestrigen Selbstverständnisses, wonach die Polizei die Dreckarbeit der Gesellschaft machen soll. Wo die Gesellschaft, die Politik, versagt, soll die Polizei mit Gewalt einspringen. Die JG will aber den politisch denkenden Polizisten, der die Ursachen der Konflikte kennt und nicht lediglich auf die Symptome einschlägt.

Die JG lädt alle Interessierten ein mitzudiskutieren, inwieweit und ob überhaupt die Forderung nach einer Polizei ohne Schusswaffen unsere Gesellschaft, unsere Demokratie weiterbringt. Besonders freuen würde es die JG, wenn der eine oder der andere Polizist sich aus privatem Interesse an der Diskussion beteiligen würde.

Heute Abend um 20 Uhr im Gasthof Sternbräu! P. P.

Rockgruppe gefiel

UTTENDORF. Mit großem Erfolg veranstaltete die JG Uttendorf beim Kirchenwirt ein Rockkonzert mit der Gruppe „Karl Scheiblingseder u. Gehilfen“ aus Salzburg. Die „Scheiblingseders“, die zum Großteil aus JG-Mitarbeitern besteht, spielten bekannte Hits von den Rolling Stones, Kinks, Dire Straits, Ten Years After, aber auch Stücke von Wiener Liedermachern und Eigenkompositionen. Durch den großen Erfolg ermutigt, wird die JG noch weitere Veranstaltungen dieser Richtung folgen lassen.

SN-Redakteurin Brigitta Walkner hörte eine Verkehrsdebatte:

Volksbefragung erst nach neuer Erhebung

Umlandgemeinden in Lösung städtischer Verkehrsprobleme einbinden — „Politiker entscheiden“

Die Hoffnungen der Jungen SP, eine Strategie zur Volksbefragung über die „Südtangente“ oder den Salzburger Gesamtverkehrsplan festlegen zu können, erfüllten sich Montagabend nicht: Mandatäre aller Gemeinderatsfraktionen stimmten bei einer Diskussion im Sternbräu einhellig dem FP-Vorschlag zu, erst eine neue Verkehrserhebung biete die entsprechende Basis für eine Volksbefragung zu Verkehrsproblemen. Die Umlandgemeinden müßten in dieses Konzept einbezogen werden. Schließlich setzte sich die Ansicht durch, eine Volksbefragung zur „Südtangente“ allein wäre abzulehnen. Dieses Projekt sei nämlich nur ein Teil des Gesamtverkehrsplanes.

Die Forderung der „Aktion aufgeteilt werden. Diesen Prozent-Umwelt“, den offensichtlich von satz setze der Gesamtverkehrsplan allen Parteien ungeliebten Gesamtverkehrsplan „vom Tisch zu fegen“. Salzburg aber 80 Prozent Individualverkehr und nur 20 Prozent öffentlicher Verkehr.

Den häufig geäußerten Vorwurf des Publikums, Politiker flüchteten vor der Verantwortung, wiesen die Mandatäre zurück. Die letzte Entscheidung, meinten die anwesenden

Gemeinderäte, werde dem Politiker nicht abgenommen. „Wenn Sie gegen Volksbefragung sind, lassen Sie uns im Gemeinderat verrecken“, wetterte Bürgerlisten-Sprecher Johannes Voggenhuber. Auf die nicht selten geäußerte Kritik, in der Stadt Salzburg seien schon zu viele Gutachten erstellt, aber keine Entscheidungen getroffen worden, konterte VP-Gemeinderat Josef Dechant: „Gott sei Dank waren die Politiker unentschieden. Es wäre schrecklich, wenn alles realisiert worden wäre.“

FP-Gemeinderat Marx schlug vor, Stadt und Land sollten sich die Kosten für die Verkehrserhebungen in Höhe von 5 Mill. S teilen. Die Ermittlungen könnten noch heuer erstellt werden und in einelphalb Jahren abgeschlossen sein. Von dem von SP-Gemeinderat Harald Lettner angeregten

Gemeindeverband zwischen Stadt, Land und Umlandgemeinden hielt Marx nichts. Lettner war der Ansicht, ohne Mitarbeit der Umlandgemeinden sei kein vernünftiges Verkehrskonzept zu realisieren.

Der Leiter des Planungsamtes, Rudolf Strasser, lehnte eine Befragung über ein Teilkonzept des Gesamtverkehrsplanes ab. Der Gesamtverkehrsplan sei beschlossen, und außerdem werde es schwer sein neue Alternativen zu finden. Er forderte von den Politikern, kein neues Wohn- oder Betriebsobjekt mehr zu genehmigen, wenn nicht vorher eine entsprechende Erhebung des Verkehrsaufkommens unternommen worden sei.

Zu der seit Monaten heftig diskutierten „Südtangente“, die der Leopoldskroner Moos durchschneidet, erfuhren weder Befürworter noch Gegner Neues. Keiner der Politiker wollte sich endgültig festlegen. Die Äußerung von VP-Gemeinderat Dechant, wenn ein negatives ökologisches Gutachten für die „Südtangente“ vorliege, könne auch ohne Volksbefragung negativ entschieden werden, riß Hans Schuster von der „Aktion Umwelt“ zu dem Zwischenruf hin: „Daß das Moor durch die Südtangente zerstört wird, sagt einem schon der Hausverstand. Dazu brauchen wir kein Gutachten.“

Im Publikum herrschte nach mehrstündiger Debatte die Meinung vor, unabhängig davon, ob nur über die „Südtangente“ oder den Gesamtverkehrsplan abgestimmt werde, müßten die Politiker zuerst ihre Standpunkte darlegen.

SALZBURGER TAGBLATT 7

Mi., 3.3.82

JG-Diskussion über Südtangente

Statt Daten Taten!

Wiederum um die Südtangente und die mögliche Volksbefragung ging es bei einer von der Jungen Generation in der SPÖ (JG) veranstalteten Diskussion im Sternbräu am Montagabend, zu der etwa 70 Leute erschienen.

Die Gemeindepolitiker waren sich in einigen Dingen, wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln einig. Einig darüber, daß eine Volksbefragung das geeignete Mittel zur Entscheidungsfindung sei (Gemeinderat Dr. Josef Dechant), zum jetzigen Zeitpunkt aber unseriös (GR Dr. Erich Marx) und nicht sofort aus dem Boden zu stampfen (GR Dr. Harald Lettner). Die JG unter ihrem Landesobmann Mag. Paul Pirker, der die Diskussion leitete, ist grundsätzlich für eine umfassende Volksbefragung.

Dr. Lettner schloß sich der Meinung Dr. Marx' an, eine Generalverkehrserhebung wäre zuvor anzustellen, kritisierte aber die FPÖ, die es sich zu leicht mache, wenn sie dabei die Umlandgemeinden nicht direkt einbinden solle. Dr. Dechant erinnerte an die Haltung seiner Partei, die ein ökologisches Gutachten abwartete. Sei es negativ, sei die ÖVP Südtangentegegner. In die Enge getrieben: „Ich glaube, daß es ökologisch nicht tragbar ist!“

Einigkeit herrschte auch darin, daß der alte Gesamtverkehrsplan überholt sei. Bürger-

listensprecher Johannes Voggenhuber: „Gegen Tangente und Generalverkehrsplan haben wir seit fünf Jahren gekämpft.“

Einigkeit aber auch beim Publikum: die Politiker haben Verantwortung abgeschoben, versagt. Eine Amazone: „Sie sitzen sehr gut ausgemästet da vorne!“ Ein Tangentegegner: „Vor den Wahlen Zeit gewonnen, ist viel gewonnen. Der Kaiserschmarren wird nachher wieder aufgewärmt!“

Dann ein anderer, der erinnerte, daß die FPÖ noch im Dezember für baldige Volksabstimmung eingetreten war und den Zeitlauf charakterisierte: „Dezember Stieklertgutachten, dann Zusatzgutachten, Frühjahrs Volksbefragung, verschoben auf Mai oder Juni“, dann weit über die Wahlen hinaus.

Ein weiterer Diskutant: „Ich finde den FPÖ-Vorschlag für vollkommen sinnlos, noch mehr Daten zu erheben. Wir wollen Taten!“ Den Vorwurf der Untätigkeit bog Dr. Dechant flugs zu einem Bumerang: „Gott sei Dank haben die Politiker versagt, sonst hätten wir die Südtangente!“

Heute geht's um die Volksbefragung

Die JUNGE GENERATION in der SPÖ veranstaltet heute abend um 20 Uhr im Großgasthof Sternbräu eine Diskussion über die möglicherweise bevorstehende Volksbefragung zur Salzburger Verkehrspolitik. Hier sind so viele Fragen ungeklärt, daß sich Salzburg gar keinen Stillstand in der Diskussion leisten kann. Nichts ist leichter als Nona-Fragen, etwa „Sind Sie für den öffentlichen Verkehr?“ auf geduldigem Papier dem geduldeten Gemeindegänger vorzulegen. Auch eine Volksbefragung zur Südtangente allein beeinflußt nur ein Detailproblem. Viele Salzburger, darunter auch die JG, wollen aber eine neue, eine alternative Verkehrspolitik, in der der Bau neuer Durchzugsstraßen in der Stadt keinen Platz hat.

Die städtische Verkehrspoli-



tik steckt in einem Dilemma, das allein von oben her unlösbar ist. Egal, wie sie entscheiden, Politiker und Verkehrsplaner können sich dabei nur Prügel holen. Entscheiden sie für eine Stadt mit zügigem Autoverkehr, ohne Staus u. dgl., dann müssen sie pausenlos sogenannte „Entlastungsstraßen“ bauen. Niemand aber will eine zubetonierte Landschaft, es setzt Prügel Entscheiden sie gegen den Ausbau des Straßennetzes und für die absolute Priorität des öffentlichen Verkehrs, dann beziehen sie die Prügel von den im Stau fluchenden Autofahrern.

Also: Weil unter den verkehrspolitischen Grundsatzentscheidungen alle Bürger der Stadt leiden, haben auch alle

das Recht, die Entscheidung mitzutragen. Und weil sich die Politiker beim Alleingang nur blutige Nasen holen können, ist es auch in deren Interesse, die Entscheidung an die Betroffenen weiterzugeben. Wer da sagt, die Politiker sollen die Entscheidungen doch treffen, wozu seien sie denn schließlich gewählt, der denkt — mit Verlaub — obrigkeitstaatlich!

Bis jetzt gibt es die widersprüchlichsten Aussagen zur Volksbefragung: Befragung nur zur Südtangente, entweder in der ganzen Stadt oder nur bei den Anrainern; Warten auf das ökologische Gutachten — niemand erwartet sich ein positives Ergebnis — und dann Verzicht auf eine Volksbefragung überhaupt (ÖVP-Variante); umfassende, grundsätzliche Fragestellung entweder mit Nona-Fragen oder Konkretisierung anhand der anstehenden Stadtteilprobleme und -projekte; Volksbefragung vor oder nach den Wahlen im Oktober, oder am Tag der Gemeinderatswahl (JG-Vorschlag, sicher hohe Beteiligung); keine Volksbefragung, Politiker sollen entscheiden.

Bei dieser ersten Volksbefragungsdiskussion soll etwas herauskommen: Die JUNGE GENERATION ist grundsätzlich für eine gesamtstädtische Volksbefragung mit sowohl grundsätzlichen Fragen an alle Salzburger als auch konkreten Fragestellungen für jeden Stadtteil.

Ein geladen sind die Salzburger Medien, Initiativgruppen, die sich verkehrspolitisch engagiert haben und je ein kompetenter Sprecher der im Gemeinderat vertretenen vier Parteien. Der JG-Vorschlag ist nur eine mögliche Variante, wie man eine erste Volksbefragung in Salzburg angehen könnte. Eine Volksbefragung ist eine Herausforderung an alle politisch kreativen Kräfte in der Stadt Salzburg.

Paul Pirker

Zum Thema

SALZBURG. Im Zuge der Auseinandersetzung um die geplante Südtangente durch das Leopoldskroner Moos ist u. a. auch von der JG der Vorschlag einer Volksbefragung gemacht worden. Diskussionen darüber haben dann bald ergeben, daß eine gesamtstädti-



sche Befragung zu einem Detailverkehrsproblem eines Stadtteils problematisch ist, genauso wie eine Abgrenzung eines Befragungsbezirkes. Eine alternative Verkehrspolitik, worin der Bau neuer Straßen keinen Platz hat, kann nur umfassend für die gesamte Stadt gemacht werden (ganz zu schweigen von den

Stadtverkehr

Pendlern aus den Umlandgemeinden).

Die JG ist grundsätzlich für eine umfassende Volksbefragung, weil eine den Individualverkehr erheblich behindernde Priorität des öffentlichen Verkehrs einer breiten, direkten Legitimation von der Bevölkerung bedarf. Voraussetzung ist aber, daß die Ausarbeitung der Fragestellung unter Mitwirkung aller daran interessierten Gruppen und Einzelpersonen geschieht, und daß die Salzburger Medien zu einer Mitarbeit bei der Vorbereitung bereit sind.

Zur Montagveranstaltung der JG sind im Sternbräu außerdem Vertreter aller vier im Salzburger Gemeinderat tätigen Parteien eingeladen sowie Vertreter von Basis- und Initiativgruppen, die sich zum Thema Verkehr geäußert haben.

Alle interessierten Salzburger sind herzlich eingeladen, zum „Treffpunkt“ am Montag (20 Uhr) zu kommen und dort mitzudiskutieren.

Unermüdliche Appelle gegen Kriegsspielzeug werden überhört

In den Kinderzimmern wird nun aufgerüstet

Der „Krieg im Kinderzimmer“ wird immer brutaler. Moralische Bedenken kommen dabei wenigen. Katholische Jungschar, Jungsozialisten und Kinderfreunde aber wehren sich nun gegen naturgetreue Modell-Panzer, Atomwaffen in miniature sowie Killer-Computer unter den Christbäumen von Salzburger Familien.

Peter, acht Jahre alt, Volksschüler in Salzburg, ist Sieger. Er hat seinen beiden Freunden am öftesten (symbolisch) auf den Kopf gedroschen. Die beiden Freunde sind (symbolisch) tot. Die Kinder spielen mit einem Killer-Computer, einer elektronischen „Tötungsmaschine“ – beliebtes Geschenk für den Heiligen Abend 1981.

In den Kinderzimmern wird aufgerüstet

Wird den Jugendlichen mit der Zeit dieses Spiel zu fad, können sie unter anderem mittels Elektronikspielzeug gedankenlos Maulwürfe erschlagen oder Weltraumschiffe abknallen.

In den Kinderzimmern wird aufgerüstet. Die Spielzeugindustrie läßt Erfindungsgeist nach

bewährtem Aufrüstungsmuster der beiden großen Militärblöcke walten. Dem Ideenreichtum sind keine Grenzen gesetzt.

Kriegsspielzeug von Kindern fernhalten

Appelle gegen Kriegsspielzeug verpuffen. Eine Initiative von Staatssekretärin Anneliese Albrecht im Vorjahr war ebenso fruchtlos wie Aufrufe zahlreicher Jugendorganisationen und des Handelsministeriums. Dort ist man der Meinung: „Um verhindern zu helfen, daß unsere Kinder sich frühzeitig an die Verniedlichung von Gewalt gewöhnen und den Gefahren und Grausamkeiten des Krieges gegenüber abstumpfen, soll Kriegsspielzeug von Kindern ferngehalten werden!“

In Schweden funktioniert dies

bereits seit vielen Jahren: Kriegsspielzeug ist im Nordland verboten. In Österreich funktioniert dies nicht. Einige Händler erlegten sich zwar eine „freiwillige Selbstbeschränkung“ auf; die Konkurrenz lächelte sich jedoch ins Fäustchen und lagerte und verkaufte um so mehr Mini-Kriegsgerät.

Die Warner vor den Gefahren derartiger Geschenke werden jedoch nicht müde. Mitglieder der Katholischen Jungschar verteilen heuer 15.000 Flugblätter in der Diözese Salzburg. Darauf steht: „Kauft und schenkt kein Kriegsspielzeug!“ Plakate mit demselben Wortlaut verstärken diese Aktion, die mindestens 7000 Kinder, Mitglieder dieser größten Salzburger Jugendorganisation, erreichen wird.

„Kriegsspielzeug gewöhnt die Kinder an gewaltsame Konfliktlösungen“, kritisiert Magister Josef Rupprechter, Vorsitzender der Salzburger Jungschar. Die Achtung vor dem Leben des Nächsten ginge verloren, die „schreckliche Realität von Waffen und Krieg werde verharmlost“ (Rupprechter).

Ein Team der Jungen Genera-

tion der Sozialistischen Partei in Salzburg erarbeitete gemeinsam mit der Mediengruppe „Gegenlicht“ eine Tonbildschau, in der über die negativen Auswirkungen von Kriegsspielzeug auf das Gemüt von Kindern berichtet wird. In einer Broschüre, die die JG herausgab, werden Untersuchungen zitiert: Demnach lernt das Kind an aggressiven Modellen selbst Aggression auszuteilen und hat gerade bei schwächeren, unterlegenen Spielkameraden damit Erfolg. Kriegsspielzeug löse „mehr unangemessen-aggressive Handlungen aus als pädagogisch wertvolle“. Die Theorie, nach der Spielzeugwaf-



„Jugend für den Frieden“

fen die Aggressionen der Kinder senken würden, sei in einer Versuchsreihe der amerikanischen Psychologen Charles Turner und Diane Goldsmith widerlegt worden.

Appelle der Jungen Generation

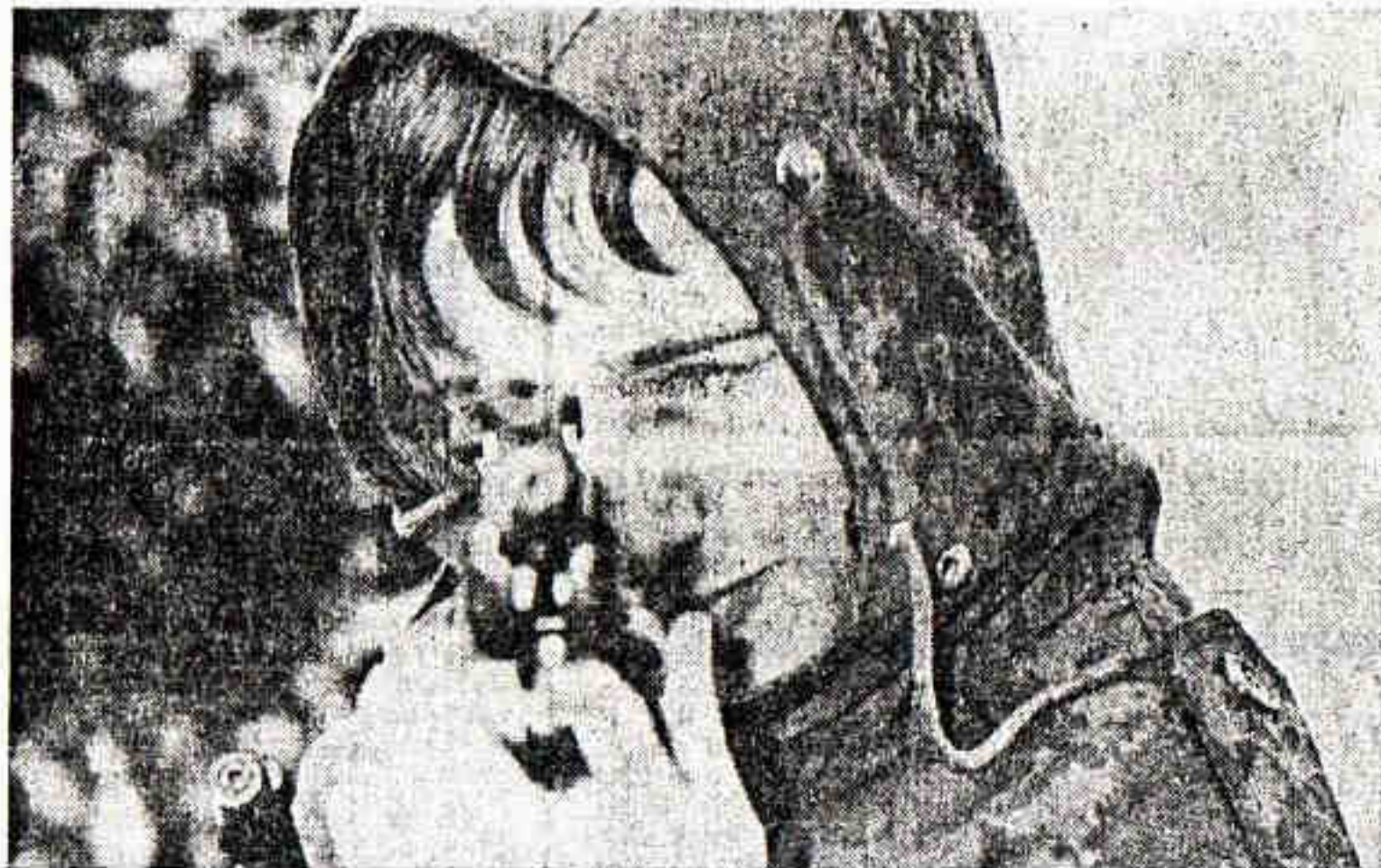
Die Junge Generation fordert in ihrem Flugblatt und in Unterschriftenlisten: „Das Verbot der Erzeugung, des Imports, des Verkaufs und des Kaufs von originalgetreuen oder abgewandelten Nachbildungen von Waffen, Kriegsgeräten, militärischen Fahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen und Telespielen.“

Diesen Appellen schlossen sich auch die Salzburger Kinderfreunde an. Und Bürgermeister Josef Reschen forderte die Salzburger Spielwarenhändler auf, in der Vorweihnachtszeit kein Kriegsspielzeug anzubieten und zu verkaufen.

ROMAN HINTERSEER



„Kriegsspielzeug gewöhnt Kinder an gewaltsame Konfliktlösungen“



„Spielzeugindustrie nach bewährtem Aufrüstungsmuster“: Gewehre für Kinder Alle Bilder: P. Fleischhacker



„Freiwillige Selbstbeschränkung“ der Händler funktioniert nicht

Volksbefragung noch vor der Wahl

Salzburgs Politiker wollen im Frühjahr – sechs Monate vor den Gemeinderatswahlen – eine grundsätzliche Volksbefragung über die Zukunft der Landeshauptstadt abhalten. Sollen noch weitere Straßen gebaut werden oder öffentliche Verkehrsmittel den absoluten Vorrang erhalten?

Das erklärten die Bürgermeister aller drei Parteien Freitagabend bei einer Diskussion im ORF-Studio über die umstrittene Südtangente, die Teil des 1975 beschlossenen Generalverkehrsplans ist. Gleichzeitig wehrten sich die Politiker vehement gegen den sowohl von Gegnern als auch Befürwortern erhobenen Vorwurf, sich durch eine Volksbefragung vor Entscheidung und Verantwortung drücken zu wollen.

Planungschef Waldemar Steiner: „Wenn der Generalverkehrsplan fällt, muß der Individualverkehr radikal beschränkt werden, um den totalen Verkehrsinfarkt zu vermeiden. Eine solche Entscheidung müssen aber alle Salzburger mittragen.“ Der Plan sieht neben der

Südtangente noch den Kapuzinerbergtunnel mit Universitätsbrücke, den Mönchsbergtunnel, Autobahnbegleittrassen und vierspurige Stichstraße zum Knoten Nord und zur Autobahnauffahrt Kleßheim vor.

Beruhigungspille für die Befürworter der Südtangente: Bürgermeister Josef Reschen kündigte für den Leopoldskroner Raum ein Lkw-Fahrverbot und ein öffentliches Verkehrsmittel an. „Noch im Herbst 1982 werden Kleinbusse für 28 Personen eingesetzt.“ Vizebürgermeister Gerhardt Bacher gab die Zusage, ein ökologisches Gutachten in Auftrag zu geben, wie weit die Südtangente das Leopoldskroner Moor schädigen würde.

FREITAG, 11. DEZEMBER 19

Drückeberger

In der Verkehrsplanung der Stadt Salzburg tut sich etwas. Aber nicht etwa, daß den Beamten und Politikern neue Ideen gekommen wären. Die Bürger sind es, die zur Selbsthilfe schreiten und mit dem Vorwurf, sich nur als Jammerer und Kritiker auszuspielen, gehörig aufzuräumen.

Da zerbricht sich der „Club der engagierten Salzburger“ für die Stadtplaner den Kopf, wie die mittlerweile Südtangente nicht der Weisheit letzter Schluß sein müsse. Da arbeitet ganz Lehen zusammen, um sich aus dem Würgegriff des Ungeheuers Verkehr zu befreien. Leichter macht es sich die Junge Generation der SPÖ. Sie gibt sich mit dem Vorschlag zufrieden, die verkehrspolitische Gretchenfrage am Tag der Gemeinderatswahl im Herbst 1982 von den Salzburgern beantworten zu lassen. Klare Politikeraussagen sollen zu viel verlangt.

Mitbestimmung ist gut und recht. Die Fleißaufgaben der Bürger entbinden Beamte und Politiker aber keineswegs, sich vor ihrer Verantwortung zu drücken.

Frauenbewegung hier und in der dritten Welt

Heute Dohnal in Salzburg

SALZBURG. Der „Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik“ und die junge Generation in der SPÖ haben für heute abend, 20 Uhr, im Saal der Gewerkschaftsjugend, Auerspergstraße 11, Staatssekretärin Johanna Dohnal eingeladen. Dohnal referiert und diskutiert über Entwicklungspolitik aus der Sicht der Frauenbewegung.

Innerhalb der vielbeklagten Unterentwicklung in der dritten Welt gibt es weitere Unterentwicklungen, von denen etwa die Hälfte der Bevölkerung in der dritten Welt betroffen ist. Da aber die Situation in diesen Ländern von den Industrienationen geschaffen wurde und weiterhin von ihren Interessen abhängt, heißt das auch, daß nicht nur die Männer, sondern auch die

Frauen bei uns von der zusätzlichen Not und Unterdrückung der Frauen in der dritten Welt Nutzen haben, ob sie das wollen oder nicht.

Die meisten unserer Entwicklungshilfeprojekte sehen die Frauen nicht. Sie kommen auch nicht in irgendwelchen theoretischen Formulierungen und/oder programmatischen Erklärungen vor. Wenn überhaupt, dann sieht man die Frau in der Rolle, die der westeuropäisch-industrialisierten Kultur entspricht: in der von Männern abhängigen Hausfrau.

Hier eine Neuorientierung durchzusetzen, ist Johanna Dohnal angetreten. Es wird schwer sein. Aber wenn sie in ihrer Auseinandersetzung nicht allein gelassen wird, kann sie Erfolg haben.

Dem Glücksspiel soll es an den Kragen gehen

Einigkeit über Einschränkung der Apparate — „Aggressions-Automaten“ schieden die Geister — Entfengung und Berufsverbot befi

Was wird getan, damit die Jugendlichen nicht in die Lokale gehen? Die Automaten sind nicht große Problem! Wir tun einfach wenig für unsere Jugend! Etwa „Halbzeit“ der Montagabend im Salzburger Sternbräu von der Jung Generation der SPÖ veranstalteten Podiumsdiskussion „Automatensteuer — Jugendschutz vor Priorität“ versuchte ein Redner einen Aspekt in die Debatte zu bringen. Nicht das Automatenunwesen bekämpft werden, sondern die Zustände sind zu beseitigen, die Jugendlichen dazu bringen, genannte Spielhöhlen aufzusuchen. Anlaß für die Diskussion war der Antrag der sozialistischen Landtagsaktion vor einiger Zeit eingereichte Antrag zur Novellierung des Salzburger Vergütungssteuergesetzes. Glücksspiel-Automaten soll in diesem Antrag eine monatliche Steuer von 10.000 S pro Apparat einfließen werden. Die Abgabe für Glücksspiel-Automaten soll 10 S betragen. Landtags-Abgeordneter Othmar Raus bekräftigte im Sternbräu die Absicht der SPÖ, künftig einen dicken Trennungs-

strich zwischen Glücksspiel-Automaten und Geschicklichkeits-Automaten zu ziehen. Die vom Amt der Salzburger Landesregierung eingebrachte Empfehlung, Glücksspiel-Automaten mit 2000 S zu besteuern, bezeichnete Raus als „Augenauswischerei“.

Gerhard Schmidt von der Arbeiterkammer trat für eine Zusammenziehung von Automaten in Spielhallen ein, da in solchen Orten das Jugendschutzgesetz besser überwacht werden könne als in einem Gasthaus. Einwand eines Kellners: „Gerade in Gaststätten sind die Wirte verpflichtet, auf die Einhaltung des Jugendschutzes zu achten. Warum also nicht auch Automaten-Gaststätten?“ Der Landesobmann der Gewerkschaftsjugend, Franz Grubl, wies in seinem Referat darauf hin, daß immer wieder beobachtet wird, wie Minderjährige ihr Geld bei Glücksspielautomaten verspielen.

Als Entfengung, die einem Berufsverbot gleichkomme, bezeichnete Walter Grömmner vom Verband der Münzautomaten-Wirtschaft die geplante Abgabe von 10.000 S. Seiner Meinung nach sei es sinnvoller, sich an deutschen oder englischen Vorbil-

dern zu orientieren. In diesen Ländern sind nicht hoch besteuerte Glücksspiel-Automaten, bei denen mit geringen Einsätzen geringe Gewinne gemacht werden können, seit Jahren in Betrieb, und es gebe keinerlei Probleme mit dem Jugendschutz.

Während unter den etwa 60 Diskussionsstellnehmern Einigkeit über den Schutz von Jugendlichen vor Glücksspiel-Automaten herrschte, schieden sich beim Thema Aggressions-Automaten die Geister. Die Arbeiterkammer tritt für ein Verbot von Geräten ein, die beispielsweise das Abschießen von Flugzeugen simulieren. Begründung: „Unser Anliegen ist es, den Verkauf von schlechten Produkten zu verhindern, und Aggressions-Automaten liegen auf einer Ebene mit Kriesspielzeug, das ebenfalls verboten gehört.“ Dazu eine Wortmeldung: „Achtzehn Jahre wirst du geschützt, dann drückt man dir die Braut des Soldaten in die Hand, und du mußt schließen.“ Seitens der Jungen SPÖ wurde festgestellt, die Wehrpflicht sei kein Argument für Kriegsspielzeug und Aggressions-Automaten, das Umdenken soll vor der eigenen Haustüre beginnen. Einwand: „Dann verbieten Sie auch das Fernsehen, da gibt es jeden Tag einen Mord.“

Grundtenor der Diskussion: Glücksspiel-Automaten sollen einer strengen Kontrolle unterworfen werden, gegen ein gelegentliches Spielen mit Geschicklichkeits-Automaten um ein „paar Schillinge“ sei nichts einzuwenden.

TAGESGESCHEHE

Geldspielautomaten gefährden Jugend Raus zieht den Stecker aus der Dose

SALZBURG. Mit scharfer rhetorischer Munition schoß Montag bei einer Veranstaltung der Jungen Generation LA Dr. Othmar Raus auf die Geldspielautomaten. Er forderte für Salzburg das Verbot des elektronischen Geffunkers, das Schülern und Lehrlingen das Geld aus der Tasche ziehe. Das Jugendschutzgesetz sei zu wenig wirksam gegen die Verseuchung des raschen „kleinen“ Reichtums.

Raus stützt sich in seinen Aussagen auf zahllose Beschwerden von Jugendorganisationen, Lehrern und Elternvereinen, die an die SPÖ mit dem Ersuchen um Abhilfe herangetreten seien.

Nach den Wiener Erfahrungen — dort hatte eine drastische Erhöhung der Steuern praktisch keine Einschränkung des Automatenmißbrauchs gebracht — werde sich die Salzburger SPÖ für ein generelles Verbot von Geldspielautomaten einsetzen. Sollte sich im Landtag für diese Forderung keine Mehrheit finden lassen, werde man kompromißlos an einem Steuersatz von 10.000 S pro Gerät festhalten.

Der Forderung nach einem Verbot schlossen sich auch der Obmann der Gewerkschaftsjugend Franz Grubl und JG-Obmann Jakky Maier an. Mag. Gerhard Schmidt, als Vertreter der Arbeiterkammer, hält ebenfalls sowohl das Verbot als auch die Besteuerung für praktikable Maßnahmen gegen die mit Besorgnis registrierte Gefährdung jugendlicher Arbeitnehmer.

Die Kritik bezog sich freilich nicht nur auf die Geldspielautomaten, sondern auch auf die sogenannten „Aggressionsautomaten“. Vernichtung und Tod als „Spiel“ entsprechen inhumanen Auswüchsen einer hemmungslosen Vergnügungsindustrie.

Metternichsches VP-Konzept

SALZBURG. Die Salzburger ÖVP stülpe sich selber die Ärmelschoner der Zensoren über, heißt es in einer Presseaussendung der Jungen Generation der SPÖ in Anspielung auf die jüngste Forderung des ÖVP-Landespartei-Sekretärs Dr. Franz Schausberger, in Zukunft alle umstrittenen Filme des Filmkulturzentrums „Das Kino“ vom Vorstand auf „Subventionswürdigkeit“ prüfen zu lassen.

Die Junge Generation glaubt in der Serie von Entgleisungen der ÖVP ein „Metternichsches Konzept“ erkennen zu können. Das reiche vom Verbot approbierter Schulbücher durch ÖVP-Schulpolitiker, über das Außerkraftsetzen von Erlässen des Unterrichtsministeriums zur Vergangenheitsbewältigung an Österreichs Schulen bis zur Ablehnung von Dritte-Welt-Filmen, nur weil darin Kritik an den US-Nahrungsmittelkonzernen geübt wird („Septemberweizen“).

Auf den jüngsten Anlaßfall zurückkommend, heißt es in der Presseaussendung, es gehe nicht an, Apparatschiks die Entscheidung zu überlassen, welche Filme ein mündiger Bürger sehen darf.

Salzburg intern

KZ 11.10.81



VON VIKTOR REIMANN

Salzburgs Junge Generation der SPÖ sieht wieder einmal die Demokratie von seiten der ÖVP bedroht. Insbesondere der VP-Landespartei-Sekretär Schausberger hat es ihr ange-tan, wirft sie ihm doch vor, das Metternichsche Konzept einer Vorzensur einführen zu wollen.

In der Stadt Salzburg gibt es „das Kino“, das die pompöse Bezeichnung „Filmkulturzentrum“ führt. Hier werden Filme für die Jugend vorgeführt, wofür das Kino, weil die Filme „wertvoll“ sein sollen, Subventionen erhält. Subventioniert heißt in Österreich, mit dem Geld der Steuerzahler großzu-

Die Sau begeht Selbstmord, weil der Knecht die Ferkel schlachtet. Dieser Knecht hat überhaupt seltsame Gelüste, er verrichtet vor der Kamera seine Notdurft, kocht seinen Kot und läßt ihn sich munden, am Ende erhängt er sich und wird durch ein Wunder in den Himmel gehoben. Es gibt im Film keinen Dialog, sondern nur Musik von Monteverdi und Geräusche der Natur, der Wollust und der Kotentleerung, in der Fachsprache Defäkation genannt. Ein gewisser Amos Vogel preist dieses Machwerk mit den Worten an: „Dieser bedeutende, tiefmenschliche Film, der die meisten Zuschauer heftig schok-

Sonntag, 18. Oktober 1981

Der Standpunkt

Progressive Pornographie

Ein Kristallisationspunkt in der Salzburger Filmszene und ein Treffpunkt vieler, die gerne „alternativ“, „progressiv“ und „engagiert“ sein möchten, ist das Salzburger Filmkulturzentrum „das Kino“, das in den Räumen des früheren Litka-Kinos beheimatet ist.

Ins Schußfeuer der Kritik ist das zum überwiegenden Teil aus Steuergeldern finanzierte „Kino“ in letzter Zeit nicht nur wegen seiner prekären finanziellen Lage gekommen, sondern auch wegen der inhaltlichen Gestaltung des Programms.

Im Oktober wurde nun erstmals auf Betreiben des Vorstandes ein Film vom Programm abgesetzt: Der spanische Film „Modergelage“, der die sodomitische Beziehung eines jungen Bauernknechtes mit einer Sau zum Inhalt hat und in der Vorankündigung zum „hochpoetischen“ Filmereignis stilisiert wird.

Der ÖVP-Kultursprecher im Salzburger Landtag, Doktor Franz Schausberger, selbst Mitglied im Vorstand des Salzburger Filmkulturzentrums, verlangte eine Vorführung des Films vor der Premiere, um das Werk von Fachleuten begutachten zu lassen und über dessen Aufführung zu entscheiden. Da dies nach Angaben des Kino-Geschäftsführers nicht möglich war, schloß sich der Vorstandsvorsitzende Doktor Ruby der Meinung Schausbergers an und verlangte die Absetzung des Films vom Spielplan.

Der engeren Sympathisantengruppe des „Kino“ sieht natürlich in diesem Vorgehen „Zensur“ und wertet über „gestörtes“ Kulturverständnis. Wo da wohl die Störung liegt, wenn „Fortschrittlichkeit“ mit dem Eintreten für Pornographie gleichgesetzt wird? el-ma

Der Knecht und die Sau

gig umgehen. Es gibt gleich zwei Geschäftsführer, die jährlich ein Gehalt von 420.000 Schilling beziehen. Daneben gibt es auch noch eine Sekretärin mit 125.000 Schilling Jahresgehalt. Mit Recht stellte das Kontrollamt, nachdem es die Leistung mit der dafür gezahlten Vergütung geprüft hatte, fest, daß ein Geschäftsführer und eine halbtags beschäftigte Sekretärin vollauf genügen würden.

Der Jungen Generation der SPÖ geht es zwar auch um den Geschäftsführer, und zwar um den linken, den sie auf keinen Fall aus kleinteiligen Sparsamkeitsgründen verlieren möchte, doch noch mehr geht es ihr um „Kultur“, oder besser, was sie unter diesem Wort versteht. Im Vorstand des „Filmkulturzentrums“, der sich aus Vertretern der Parteien zusammensetzt, stellte Schausberger den Antrag, daß der Vorstand umstrittene Filme künftig genehmigen sollte, ehe sie gezeigt werden. Der Anlaß für diese Forderung ist der Film „Vase de nocces“ („Modergelage“), in dem das Liebesverhältnis und die Kopulation eines Bauernknechtes mit einer Sau dargestellt wird.

kiert, ist eine anstoßerregende, tragische Aussage von großer poetischer Kraft und Originalität — eine empfindsame Ehrung der Außenseiter, eine Hymne auf das Glück und die Lebensbejahung. Nur wer keine Augen hat, zu sehen, wird die tiefe moralische Verpflichtung dieses Werkes nicht erkennen.“

Schausberger hat glücklicherweise keine Augen für eine derartige Perversion des Geschmacks. Der Film wurde bis jetzt nicht gezeigt, nachdem auch der Vorstandsvorsitzende, Dr. Hans Ruby, seine Bedenken geäußert hatte. Ein Kino mag Filme zeigen, wie immer sie beschaffen sein mögen. Letztlich ist es Sache der Leute, ob sie hineingehen wollen. Aber Subventionen zu verlangen für Filme, die nicht nur wider die guten Sitten, sondern auch gegen den guten Geschmack verstoßen, ist eine Unverfrorenheit. Es wird allmählich Zeit, daß die Politiker mehr Rückgrat zeigen und nicht bei jedem Geschrei der Jugend vor dieser gleich in die Knie gehen. Eine Schweineerei wird nicht deshalb zur Kultur, weil sie ein Teil der Jugend als Kultur bezeichnet.

JG der SPÖ: Meldepflicht für leerstehende Wohnungen

SALZBURG. Mit den Schlagworten, die Jugend sei unpolitisch, konservativ und egoistisch, will die Junge Generation der SPÖ aufräumen. Am Samstag veranstaltete sie in der Arbeiterkammer eine Jugendenquête, bei der verschiedene Themen zur Sprache kamen.

In einem parteiinternen Teil befaßte man sich in vier Arbeitskreisen mit dem Thema des Spielraumes der Jugend in der Partei. Außer LhStv. Dr. Herbert Moritz, der in Wien bei Bundeskanzler Kreisky war, nahmen Landesrat Wolfgang Radlegger, Landespartei-sekretär Bundesrat Peter Köpf, LA Othmar Raus, Bürgermeister Josef Reschen, Stadtrat Gerhard Buch-

leitner und Gemeinderatsfraktionsobmann Max Süka teil.

Am Nachmittag stießen auch Vertreter der ARGE Rainberg zur Diskussionsrunde, in der die verschiedene Einschätzung des Rainbergprojektes von Politikern und Jugendlichen behandelt wurde.

Weitere Themen waren Frieden und Abrüstung, Zivildienstprobleme, Automatenbesteuerung und das Wohnungsproblem. Die SP-Jugendorganisationen forderten dabei die Forcierung der Startwohnungen sowie eine Meldepflicht für leerstehende Wohnungen.

Zur Sprache kamen auch Aktivitäten nach dem Partnerschaftsbeschluß Salzburg — Managua.

12.10.81

Jugendenquête der Jungen Generation der SPÖ:

Jugend ist nicht unpolitisch

SALZBURG. Mit dem Vorurteil, daß die Jugend unpolitisch, konservativ und egoistisch sei, will die Junge Generation der Salzburger SPÖ aufräumen. Morgen Samstag findet in der Arbeiterkammer Salzburg (öffentlicher Teil ab 15 Uhr) eine Jugendenquête statt.

Auf der Basis einer IFES-Studie über Jugendliche wurde ein Prioritätenkatalog erstellt, aus dem sich schließlich ein Themenkatalog herauskristalli-

sierte. So stehen die Problemkreise Abrüstung, Zivildienst, Kriegsspielzeug, Wohnen, Arbeitswelt, Jugendzentren, dritte Welt, Automatensteuer und Landesjugendbeirat auf dem Programm.

Eine Aufführung des Ensembletheaters („Die Freiheit des Vogels, im Käfig zu singen“) wird am Samstagabend in der Aula der Universität (19 Uhr) das Programm abrunden.

Eine besonders aktive Organisation:

Fünf Jahre JG Seekirchen

SEEKIRCHEN. Die Junge Generation Seekirchen feierte im Vorjahr ihr fünfjähriges Bestehen. Es war eine erfolgreiche Zeit und das Bestreben der JG wird weiterhin sein, diese Erfolge fortzusetzen und vielleicht noch besser und intensiver weiterzuarbeiten. Unter dem neuen Obmann Josef Rosenkranz wird die JG bemüht sein, die angepeilten Ziele auch zu erreichen.

Zum Bürger!

SEEKIRCHEN. Die JG Seekirchen hat für Herbst dieses Jahres etwas ganz Besonderes vor. Sie will in den einzelnen Ortschaften nunmehr einen Frühschoppen veranstalten mit dazugehörigen Informationen über Gemeindegangelegenheiten bei Anwesenheit von SPÖ-Gemeindevorstandern. Dieses Vorhaben ist deshalb zu begrüßen, weil nun ein neuer Weg beschritten wird: der Weg zum Gemeindegänger und nicht der des Gemeindegängers zum Mandatar. Unter diesem Motto wird die JG Seekirchen ihre umfangreiche Herbstarbeit mit der SPÖ-Gemeindefraktion in Angriff nehmen, erklärte Othmar Nacovsky namens der SPÖ-Fraktion.

12.10.81

Ein solches Ziel wird die stärkere Einbeziehung der Seekirchner sein. „Wir werden uns bemühen, mit öffentlichen Diskussionsabenden dieser Sache gerecht zu werden. Natürlich wäre es interessant und begrüßenswert, wenn nicht nur wir zu den Seekirchner gehen, sondern diese auch zu uns kommen“, sagte Obmann Rosenkranz. Ohne Zweifel steht auch fest, daß es in Seekirchen bestimmt noch mehr junge Leute gibt, die mit der JG zusammenarbeiten wollen. Die JG-Treffen sind alle zwei Wochen (jeweils am Donnerstag) um 20 Uhr im Gasthof Post.

Noch ein kurzer Rückblick auf die jüngste Vergangenheit: so wurde am 12. und 13. September in Straßwalchen ein JG-Bildungsseminar abgehalten, wobei vier Themen dominierten und Richard Humer (SPÖ-Landespartei-sekretariat), Roland Irnberger (Pongauer Bezirksobmann) und Paul Pirker (JG-Landesobmann) sowie der Flachgauer Obmann Sigfried Wollner referierten bzw. die aufschlußreichen Diskussionen leiteten.

Heuer stehen noch auf dem Programm: am 26. Oktober die große öffentliche Diskussion über das Gesundheitswesen (wir berichten darüber auch an anderer Stelle dieser Extra-Ausgabe), der „Ball der roten Nelke“ und alle zwei Wochen „5-Uhr-Tee“ in der „Hölle“.

JG schlägt Volksbefragung am Wahltag vor:

11.12.81

Autogerechtes Salzburg, ja oder nein

SALZBURG. Die gegenwärtige Diskussion um die Südtangente beinhaltet eine Reihe von widersprüchlichen Aussagen und Forderungen, die sich häufig um den Kern des Problems herumswindeln, nämlich um die Gretchenfrage: „Wie halten die Salzburger es mit ihrem Auto?“ Solange auf diese Frage keine mehrheitliche Antwort

vor, im Rahmen der nächsten Gemeinderatswahlen im Herbst 82 die verkehrspolitische Gretchenfrage an die Salzburger zu richten.

Damit diese Volksbefragung nicht zu einer No-na-Frage verkümmert und somit sinnlos wird, muß eine Aufklärungskampagne bis zur Wahl möglichst alle Salzburger mit der Frage und den alternativen Konsequenzen daraus erreichen. Jeder Bürger sollte vorher wissen, was seine Entscheidung für seinen Stadtteil und für die gesamte Stadt für Folgen hat. Jedem Bürger sollte klar vor Augen geführt werden, daß er entweder in einer straßenverbauten Landschaft leben wird, dafür aber sein Auto auch in der Stadt optimal ausnützen wird können, oder daß er im innerstädtischen Verkehr auf das Auto weitgehend verzichten wird müssen. Von einer Volksbefragung ausschließlich zur Südtangente rät deshalb die Junge Generation ab.

gegeben ist, wird man ewig unter Provisorien leiden.

Die Antwort kann nicht über den Umweg sogenannten „klarer Politikaussagen“ verlangt werden! Die Antwort müssen die Betroffenen selbst geben, damit die Kommunalpolitiker sich an eine Richtlinie aus der Bevölkerung halten können. Wenn der Individualverkehr stockt, müssen ja auch die Bürger auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen.

Die Junge Generation schlägt

Die Verkehrsexperten der Stadt (im Magistrat) müßten als Vorbereitung dieser Volksbefragung die alternativen Konsequenzen für die Stadt und für die Stadtteile aufzeigen! Also,

welche Straßenbauten sind bei einer autofreundlichen Entscheidung durchzuführen bzw. welche Maßnahmen sind für den öffentlichen Verkehr, für Radwege und dergleichen zu treffen. Die für den Gemeinderat kandidierenden Parteien müßten diese Alternativen ihrem Weltbild gemäß unter die Leute bringen. Dies würde auch den Wahlkampf positiv in Richtung auf mehr konkrete Sachlichkeit beeinflussen.

Die Volksbefragung am Tag der Gemeinderatswahl würde sowohl die Kosten einer derartigen Befragung senken als auch eine höhere Beteiligung als üblich garantieren. Sogenannte unpopuläre Entscheidungen haben nach solch einer Befragung eine Legitimation, direkte Demokratie würde so echt praktiziert werden, eine Art vor gebundenem Mandat könnte man auf diese Weise ausprobieren.

Bei einer grundsätzlichen Zustimmung zu diesem Vorschlag sollte die konkrete Vorgangsweise und Fragestellung unter der Leitung des Bürgermeisters mit Einbeziehung aller interessierter Gruppen ausgearbeitet werden.



Noch bevor das fertige Projekt der „mittleren Südtangente“ der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist, ist diese Straße umstritten wie kaum eine zuvor.

Die Anrainer der Sinnhubstraße (bzw. Leopoldskronstraße) weisen mit Vehemenz dar-

kehr: Sind die einen bereits jetzt von den Segnungen des Autoverkehrs betroffen, so sollen in Zukunft die anderen die Abgase und den Lärm konsumieren dürfen.

Dieser Umstand rückt die „Südtangente“ in einen größeren Zusammenhang. Es geht



Ist die Südtangente notwendig?

auf hin, daß die Verkehrsbelastung in ihrem Wohngebiet das erträgliche Ausmaß bei weitem überschritten hat. Daß in anderen Gebieten der Verkehr mit seinen Abgasen und seinem Lärm bei weitem höher liegt, wird zumeist verschwiegen. Zurecht wurde die „mittlere Südtangente“ im Generalverkehrsplan an die letzte Stelle der Ausbauprioritäten gereiht.

Die Bewohner Lehen oder anderswo gehören halt nicht den besser bemittelten Schichten an und verfügen daher auch nicht über eine entsprechende Straßenbaulobby. Die Bewohner von Leopoldskron, Moos und Gneis wollen wiederum nicht einschen, daß sie in naher Zukunft mit den Segnungen des Autoverkehrs konfrontiert sein sollen.

Die Anrainer-Standpunkte haben ihre Berechtigung. Haben sie doch eines gemeinsam: die Belastung durch den Autover-

nicht nur darum, ob eine sündteure Straße durch Grünland und bei schon bestehenden Wohngebieten vorbei gebaut werden soll oder nicht. Es geht schlicht und einfach um die Frage, will man mit dem Bau der „Südtangente“ den privaten Autoverkehr weiter fördern oder will man Maßnahmen ergreifen, die dazu angetan sind, den Individualverkehr einzuschränken und statt dessen den öffentlichen Verkehr fördern. Nicht „Südtangente“ ja oder nein ist hier die Frage, sondern autogerechte oder menschengerechte Stadt.

Die Junge Generation in der SPÖ begrüßt daher grundsätzlich den Vorschlag der sozialistischen Gemeinderatsfraktion (der ja erst auf Initiative der JG zustande kam), in dieser Angelegenheit eine Volksbefragung durchzuführen. Nur, die Fragestellung „Südtangente ja oder nein“ ist wenig zielführend. Denn dann könnte man

statt einer Volksbefragung auch eine Volkszählung durchführen. (Es gibt so und so viele Bewohner im Bereich Sinnhubstraße, also so und so viele Jastimmen. In Leopoldskron gibt es so und so viele Menschen, also so und so viele Neinstimmen.)

Nicht nur die Anrainer der Gebiete, die ent- oder belastet werden sollen, sind die Betroffenen, denn Straßen können ja in jedem Stadtteil gebaut werden. Die Fragestellung müßte globaler sein: Soll die Stadt dem privaten oder dem öffentlichen Verkehr den Vorrang einräumen.

*

Zu diesem Thema veranstaltet die Junge Generation am Montag, dem 21. September, um 20 Uhr im Sternbräu eine Diskussion. Die Verkehrsplaner der Stadt werden am Beispiel der „Südtangente“ die allgemeine Verkehrsplanung in Salzburg diskutieren.

73
21.9.81

KRONEN-ZEITUNG

1981-09-24

Planer durften nicht über „Südtangente“ diskutieren!

„Maulkorb“ für Beamte

Unterschriften werden derzeit in der Landeshauptstadt Salzburg für und wider den Bau der sogenannten „Südtangente“ gesammelt. Eine Diskussion zu diesem Thema, die im „Sternbräu“ stattfand, konnte freilich mit einer besonderen Note aufwarten: Salzburgs Vizebürgermeister Dr. Waldemar Steiner hatte den Beamten des Planungsamtes die Teilnahme verboten!

Die Diskussion, die auf Einladung der sozialistischen Jungen Generation stattfand, hätte über den derzeitigen Planungsstand des umstrittenen Vorhabens informieren sollen. Salzburgs „Vize“ Steiner hatte jedoch den Beamten des Planungsamtes einen „Maulkorb“ verpaßt: Niemand durfte an der Diskussion in

seiner offiziellen Funktion teilnehmen!

Raumplanungschef Dr. Dobllhammer, der ebenfalls eingeladen, der Diskussion fernblieb: „Wir wollen eine offizielle Präsentation erst nach Vorliegen aller Unterlagen vornehmen, da wir derzeit noch auf ein Ergänzungsgutachten warten.“ Bis zu

diesem Zeitpunkt gibt man sich zugeknöpft, obwohl – so ein Beamter zur „Salzburg-Krone“ – die Planung bereits abgeschlossen und ein Gutachten seit August vorhanden ist.

Magister Johann Mayer von der JG: „Wir finden es unverständlich, daß Vizebürgermeister Steiner die Unterlagen nicht herausrukt und eine Planung im stillen Kammerlein betreibt.“ So war der Informationszuwachs der Veranstaltung eher gering: Eine Baukostenschätzung von annähernd 300 Millionen für die Tangente zwischen Berchtesgadener Straße und Maxglaner Hauptstraße.

76
18.9.81

Verkehr und Straßen – Mensch oder Auto?

SALZBURG. Der Großstadtmensch fühlt sich heute dem Verkehr ausgesetzt wie sein ländlicher Vorfahre dem Wetter. Der tägliche Verkehrsstau ist zum Lebenselement des Städters geworden. Ohne Auto – das heißt Blei, Abgas, Lärm und Stau – wäre der Großstadtmensch – so scheint es – nur noch ein halber Mensch.

Noch zu Beginn der 70er Jahre war die Vollmotorisierung das erstrebenswerteste aller erstrebenswerten Ziele. Und vor noch nicht allzu langer Zeit sollte eine vierspurige Autobahn durch Salzburg ein Beitrag zur Stadtverschönerung und zur Steigerung der Lebensqualität sein. Es galt als nobles Ziel, dem Auto Platz zu schaffen. Fazit einer autogerechten Verkehrsplanung war, daß aus verstopften engen Straßen verstopfte breite Straßen wurden. Gleichzeitig hatte man es geschafft, den Radfahrer, den Fußgänger, alte Leute, Kinder und Behinderte aus dem Verkehrsgeschehen auszgliedern. Es hat sich gezeigt, daß überall dort, wo optimale Bedingungen für das Auto geschaffen wurden, bald das übrige Leben auf der Straße abstarb.

Der, der es sich leisten kann, versucht die Erreichbarkeitsnachteile durch die Anschaffung eines Pkw auszugleichen. Diese Neigung wurde durch die Abnahme der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel verstärkt. Heute haben wir in Salzburg eine Pkw-Dichte erreicht, die Schritt für Schritt die Mobilität aller verringert. Damit hat sich der Teufelskreis traditioneller Verkehrsplanung geschlossen. Die autogerechte Straßenplanung hat zum Gegenteil von dem geführt, was sie beabsichtigte. Statt einer Steigerung der Mobilität ist eine Verminderung eingetreten.

Der Traum von der autogerechten Stadt ist heute weitgehend ausgeträumt. Eine neue, menschengerechte Verkehrspolitik tut not. Sie müßte folgende Hauptziele umfassen:

- Qualitative Verbesserung des Stadtverkehrs: Hier müßten einerseits die negativen Folgewirkungen des Autoverkehrs eingeschränkt werden (z. B. Senkung des Bleigehalts, Verminderung des Lärms, Verhinderung von Unfällen usw.), andererseits müßte das Angebot des öffentlichen Verkehrs attrakti-

ver gestaltet werden (höhere Dichte, größere Bequemlichkeit etc.).

- Größere Wirtschaftlichkeit: Dies bedeutet, daß die vorhandenen öffentlichen Verkehrsmittel und Technologien besser zu nützen wären, andererseits sollten diejenigen Verkehrsteilnehmer, die wenig Energie und Platz brauchen, verstärkt gefördert werden (Fußgänger, Radfahrer).

- Größere Gerechtigkeit bei der Verteilung der Mobilitätschancen: Es sollte angestrebt werden, daß für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die auf das Zufußgehen oder Radfahren angewiesen sind, die bestehenden Benachteiligungen aufgehoben werden. Dies würde nicht nur den Ausbau von Fuß- und Radwegen sowie die verstärkte Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln umfassen, sondern dies müßte auch heißen, daß die Wohngebiete mit allen Einrichtungen des täglichen Bedarfs zu versorgen wären.

Unsere Städte müssen wieder menschengerechter werden. Eine autogerechte Stadt wird uns auf Dauer das Leben vermiesen!

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

Demonstration gegen Prämienhöhung

Itzlinger Sozialisten glauben nicht an Versicherungsverluste

Mit einer Demonstration gegen die Kfz-Prämienhöhung wollen die Junge Generation und die Sozialistische Jugend aus Itzling Samstag, 28. September, zehn Uhr, am Autobusbahnhof in Salzburg gegen die bevorstehenden Kfz-Prämienhöhen protestieren. Wie diese „Arbeitsgemeinschaft gegen die Prämienhöhung“ meint, würden diese Erhöhungen „kraglos über die Bühne laufen“, der Versicherungsnehmer sei „der Profitgier der privatwirtschaftlich organisierten Versicherungen“, die sich bereits durch die Einführung des Bonus-Malus-Systems „übersaniert“ hätten, ausgeliefert.

Die Jahresprämien für Kleinkraftwagen sollen dem Antrag der Versicherungen nach von 730 auf 2400 S, die für schwere Motorräder von 2000 auf 3300 S bzw. von 2500 auf 4000 S erhöht werden. Dem von den Versicherungen beklagten Verlust von 500 Mill. S stellt die Arbeitsgemeinschaft einen vom Autofahrerklub ARBO entdeckten versteckten 500-Millionen-Gewinn entgegen.

Die Junge Generation wurde durch Pressemeldungen über den Antrag der Versicherungen auf Prämienhöhung der gesetzlichen Haftpflichtversicherungen aus dem politischen Sommerschlaf gerüttelt.

Die geplanten Prämienhö-

ringe Prämien hinnehmen hätten müssen.

Der ARBO hingegen entdeckte bei einer Prüfung versteckte Gewinne in der Höhe von 500 Millionen, die in der Kalkulation der Versicherungen nicht enthalten sind. Der Zinsgewinn



Trotz Gewinn bald höhere Prämien?

hungen, wirksam ab 1. Jänner 1982, im Detail:

Kraftfahrzeuge: 9 Prozent.
Kleinkraftwagen (Jahresprämie): von 730 auf 2400 Schilling.

Motorräder (500 bis 700 ccm): von 2000 auf 3300 Schilling.

Motorräder (über 750 ccm): von 2500 auf 4000 Schilling.

Die Junge Generation befürchtet, daß nach den Ankündigungen in den Medien diese Erhöhungen klaglos über die Bühne laufen könnten.

Zunächst haben wir uns natürlich gefragt, warum die Versicherungen eine derart drastische Erhöhung der Prämien fordern. Die Anstalten argumentieren wie üblich mit Verlusten in der Höhe von 500 Millionen Schilling, die sie durch zu ge-

aus den vorausbezahlten Prämien summiert sich zu weiteren 200 Millionen Schilling.

Welche Summe entspricht den Tatsachen? Mit welchem Maß wird hier gemessen?

Der Versicherungsnehmer ist der Profitgier der privatwirtschaftlich organisierten Versicherungen und dem Zwang der gesetzlichen Haftpflicht schutzlos ausgeliefert.

Nachdem sich die Versicherungen durch die Einführung des Bonus-Malus-Systems saniert haben — kleinere Schäden berappt der Verkehrsteilnehmer aus der eigenen Tasche —, bekommen Auto- und Motorradfahrer als Belohnung einen Bonus in Form einer für die Junge Generation vollkommen ungerechtfertigten Prämien-

höhung.

Natürlich werden die Einkommensschwächsten am stärksten betroffen. Für Versicherungspaläste ist genügend Geld vorhanden, sozialpolitisches Denken ist verpönt. Wann werden auch die Mopedfahrer mit einer saftigen Erhöhung rechnen müssen? Vergessen oder Salamiaktik?

Die Junge Generation hat sich im Verband einer Arbeitsgemeinschaft gegen die Erhöhung der Kfz-Prämien zusammen mit der Sozialistischen Jugend zu einer Demonstration entschlossen:

Treffpunkt: Samstag (10 Uhr), Autobusbahnhof, Südtirolerplatz.

Demonstrationsroute: durch die Stadt zum Alten Markt.

Demonstration in Salzburg gegen höhere Kfz-Prämien

Samstag demonstrierten Salzburger auf dem Südtiroler Platz gegen die geplante Erhöhung der gesetzlichen Haftpflichtversicherung im kommenden Jänner.

„Die Versicherungen argumentieren wie üblich mit Verlusten in der Höhe von 500 Millionen Schilling, die sie durch zu niedrige Prämien erwirtschaftet hätten“, erklärten Sprecher der Jungen Generation Itzling, Organisatoren der Protestkundgebung. „Im Gegensatz dazu“, so die Aktionisten weiter, „entdeckte der Autofahrerklub ARBO 500 Millionen Schilling Gewinn, die in der Kalkulation der Versicherungen nicht enthalten sind.“

Unter diesem Gesichtspunkt sei eine Erhöhung der Prämien, die vor allem die Einkommensschwächsten treffe, nicht zu vertreten.

Die Prämienhöhung, gegen die sich die Demonstranten wehrten, im Detail: Kleinkraftwagen von derzeit 730 auf 2400 Schilling, Motorräder (500 bis 700 ccm) von 2000 auf 3300 sowie Motorräder (über 750 ccm) von 2500 auf 4000 Schilling pro Jahr. Dies seien Erhöhungen bis zu 300 Prozent, kritisierten die Demonstranten.

R. H.

Wirbel in Salzburg um Alternativkino

Salzburg. — Neuerlicher Wirbel um das Alternativkino in Salzburg: Nach einem Finanzdebakel dieser hochsubventionierten, schwer defizitären und programmschwachen Einrichtung wird harte Kritik wegen der Film- auswahl geübt. (Bericht Seiten 14/15)

KZ 4.10.81
Seite 1

KZ 4.10.81 KZ 4.10.81

Nach dem finanziellen Debakel harte

Kritik an Filmen:

„Alternativkino“ sorgt wieder für

Salzburg Wirbel!

Das als Alternativkino gegründete, hochsubventionierte und hoffnungslos verschuldete Salzburger „Das Kino“ sorgt neuerlich für Wirbel. Nachdem wegen einem Finanzdebakel vom Kontrollamt die Ablöse der wohl-dotierten Geschäftsführer gefordert, aber noch nicht durchgeführt wurde, gibt es nun harte Kritik wegen der an Sodomie grenzenden Programmauswahl.

Das als Verein gegründete Salzburger Film- und Kulturzentrum wollte mit „Das Kino“ den Salzburger eine Alternative zum kommerziellen Filmangebot bieten. Es sollten vorwiegend ausgezeichnete und selten gespielte „Streifen“ gezeigt werden. Stadt und Land Salzburg sowie der Bund sprangen großzügig mit Subventionen ein. Jährlich werden etwa 100.000 Schilling pro Sub-

ventionspartner in den Betrieb gesteckt.

Als allerdings die Gebarung vom Kontrollamt unter die Lupe genommen wurde, kam es zu ernüchternden Aussagen. Während die kommerziellen Lichtspieltheater Zuschauerzuwachs verzeichnen, sinkt wegen der Programmauswahl das Besucherinteresse im Alternativkino ständig. Die Verschuldung stieg auf

bisher etwa 700.000 Schilling. Vom Kontrollamt wurde die dringende Empfehlung ausgegeben, die Geschäftsführung vollständig auszuwechseln und nur einen neuen Mann sowie eine Halbtagssekretärin einzustellen, um wenigstens die immensen Personalkosten zu senken. Die zwei Geschäftsführer bezogen allein im Vorjahr über 420.000 Schilling Gehalt, für die Sekretärin mußten noch einmal 125.000 Schilling hingeblättert werden. Nun wurde harte Kritik auch an der Programmauswahl laut. Für 14. Oktober steht beispielsweise ein Film auf dem Programm, der laut Vorstandsmitglied Dr. Franz Schausberger nach der Inhaltsangabe reine Sodomie ist. „Das entspricht auf keinen Fall den Vereinsstatuten und es kann nicht verantwortet werden, eine derartige Fäkalkultur mit öffentlichen Mitteln zu subventionieren“, gibt sich der Landtagsabgeordnete erbost.

Hobby-Zensor

Ein gestörtes Kulturverständnis attestierte gestern Gemeinderätin Mag. Anita Pirker in ihrer Funktion als Vorstandsmitglied des Salzburger Film- und Kulturzentrums „Das Kino“ dem OVP-Landespartei-Sekretär Dr. Franz Schausberger, der in seinem permanenten Kampf gegen dieses in ganz Österreich angesehene engagierte Programmkinos neuerlich eine Attacke reitet. Es gehe nicht an, so Anita Pirker, auf Grund vager Inhaltsangaben Kulturzensur zu üben (Schausberger vermutet hinter einem Film am 14. Oktober — es könnte auch Cocteau's Märchen „La belle et la Bête“ sein — sodomistische Tendenzen). „Mir fällt da der bekannte Prozeß gegen Egon Schiele ein“, weist Pirker die Zensurambitionen Dr. Schausbergers zurück. OVP-Mann Schausberger versuchte sich bereits vor Jahresfrist als Zensor. Damals intervenierte er bei Rupertl-Kirtags-Hanswurst Werper Friedl wegen der Gags rund um Rabelbauers schwarzen Koffer!

ST
S. 10.81

2.9.81

TAGESGESCHEHEN

51

SPÖ-Gemeinderatsklub zu aktuellen Verkehrsproblemen

Eine Volksbefragung zur Südtangente

SALZBURG. Die Befürworter nennen sie „Maxglaner Entlastungsstraße“, die Gegner schlicht „mittlere Südtangente“. Der Streit um die Verbindungstraße zwischen Maxglan und Nonntal beschäftigte am Montag auch den SPÖ-Gemeinderatsklub. Aktueller Anlaß dazu war ein Brief der Befürworter und eine Versammlung der Gegner in Moos. Die Stadt-SPÖ schlägt eine Volksbefragung zu diesem Thema vor.

Dem Wunsch der Südtangenten-gegner nach einer Aussprache mit dem Gemeinderatsklub wird durch die Einladung zur Teilnahme an der nächsten Sitzung Rechnung getragen.

Nach eingehender Diskussion der von den beiden Initiativen bisher in der Öffentlichkeit vertretenen Standpunkte, spricht sich die Fraktion im Interesse einer sachlichen und weiterführenden Überlegung des vielschichtigen Fragenkomplexes für folgende Vorgangsweise aus:

Zunächst soll die in Auftrag gegebene Projektstudie abgewartet werden. Sie wird die Grundlage für eine gemeinsame Erörterung des Themas mit Befürwortern und Gegnern der Südtangente bilden. Die SPÖ-Fraktion erwartet von

der Studie nicht nur Aussagen über die technische Realisierbarkeit der Straße, sondern auch klare Entscheidungshilfen zu den Problemen des Landschafts-, Grundwasser- und Lärmschutzes.

Wenn alle erforderlichen Grundlagen vorliegen, ist die Öffentlichkeit an Hand von Plänen und mit einem anschaulichen Modell umfassend zu informieren und das Projekt in Bürgerversammlungen zur Diskussion zu stellen.

neue Aufwandsfunden

Steuern auf Spielautomaten

Als „jugendschutzfeindlich und unternahmerfeindlich“ lehnt die Junge SPÖ eine Empfehlung des Amtes der Salzburger Landesregierung an den Landtag ab, die Vergütungssteuer für Glücksspielautomaten pro

Automat und Monat mit nur 2000 S und für Geschicklichkeitsautomaten mit 200 S festzusetzen. Die Junge SPÖ unterstützt hingegen den Vorschlag der SP-Landtagsfraktion, Glücksspielautomaten mit 10.000 S pro Monat zu besteuern, um ihre Zahl gering zu halten. Aggressionsautomaten sollten den Vorstellungen der Jungen SPÖ noch überhaupt verboten werden.

Die Wegweiser zur Sozialdemokratie

unserer Partei beigetreten sind, wollen wir lieber schweigen.

Zugegeben: Junge Parteimitglieder haben es nicht leicht, an der bisherigen Bildungsarbeit und am Sektionsalltag Gefallen zu finden, obgleich viel Altbewährtes geboten wird. Offenbar wäre es erforderlich, daß die „Alten“ und die „Jungen“ noch mehr Verständnis und Rücksichtnahme aufbringen sollten, um besser gerüstet zu sein, den Weg zum demokratischen Sozialismus zu ebnen, der ja noch teilweise durch verkrustete Formen der Zusammenarbeit und überflüssige bürokratische Formalismen behindert ist.

Angesichts des Bestrebens bürgerlich-konservativer Elemente, sozialistische Arbeit in den Medien, in Versammlungen, aber auch im Alltag herabzusetzen, ist geradezu ein Gebot der Stunde, die Grundsatzdiskussion auf die Tagesordnung zu setzen. Wir „Jungen“ wollen

nämlich mithelfen, daß sich das alte Spiel der Zwischenkriegszeit nie mehr wiederholt. Denn unsere Gegner sind schon längst angetreten, die Errungenschaften des Sozialismus mit den Mitteln der Verleumdung, der Entzweiung und der Manipulation zu zerstören. 1933 wurde die Sozialdemokratie auf jenem Boden ausgeschaltet, auf dem laut unserem Kautzky der Klassenkampf stattfinden sollte, nämlich auf dem Boden des Parlamentes.

Die Gegner von damals sind die gleichen geblieben: Großindustrielle, Banker, Großagra-

rier, Militaristen und Faschisten haben begonnen, uns Politikverdrossenheit und Demokratieermüdung einzureden. Und sie werden nicht davor zurückschrecken, uns solchen Unsinn mit Gewalt einbläuen zu wollen.

Im elften Jahr sozialistischer Regierungsarbeit müssen wir feststellen, daß es dem politischen Gegner gelungen ist, so manchen Angehörigen der sogenannten „Erfolgsgeneration“, der am „Wirtschaftswunder“ partizipierte, zu infizieren. Das Anheimgeln einer sogenannten „Sozialpartnerschaft“, Modell Schleyer und F. J. Strauß, das Schwärmen von einer „Atempause im Klassenkampf“ könnte uns in einen neuen Abgrund führen.

Wir erachten es daher für unabdingbar, daß „Alt und Jung“ die nötigen Abwehrkräfte gewinnen, um der Anstek-

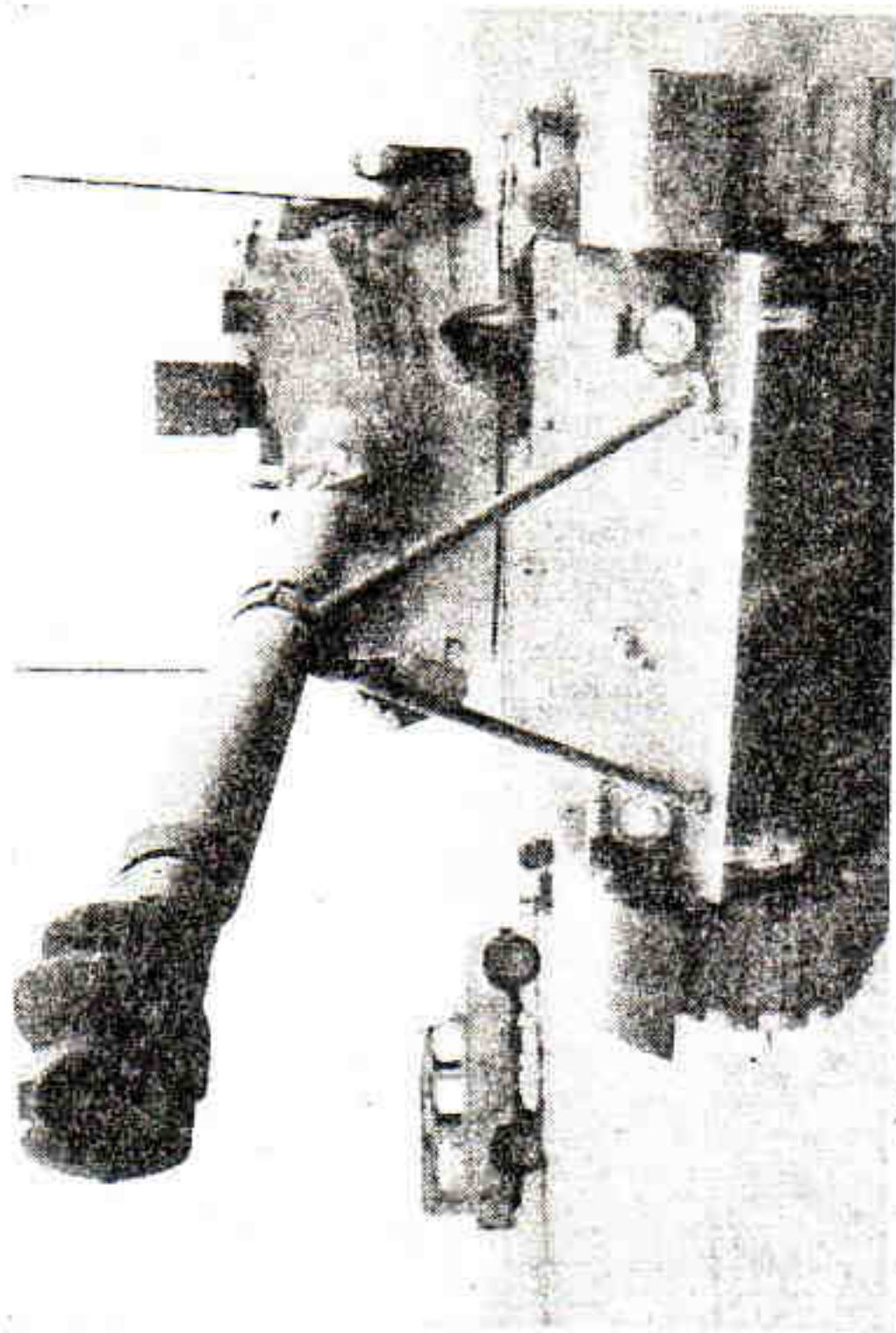
kungsgefahr zu widerstehen. Aus diesem Grund hatten wir von der Jungen Generation zum 20. März 1981 Genossen Josef Hindels nach Salzburg eingeladen, damit wir aus der Geschichte unserer Bewegung die erforderlichen Lehren ziehen. Und Genosse Dr. Heinz Fischer soll uns angesichts der bevorstehenden Wahlbewegungen helfen, Selbstbesinnung und Entschlossenheit zu gewinnen, trotz der von Technokraten propagierten „Sachzwangpolitik“ und der sich daraus ergebenden Konsequenzen unser Ziel, den Sozialismus, nicht aus den Augen zu verlieren und geschlossener denn je darauf hinzuarbeiten.

Gleichzeitig wollen wir mit dieser Veranstaltung auch jene ansprechen, die zwar den Sozialismus im Herzen tragen, aber in Eigenbrötelei und Sektierertum zu versinken drohen: Politische Agonie wird nur dadurch überwunden, daß immer mehr Mitmenschen wissen, warum wir Sozialisten sind.

Johannes Desch



In Salzburg stellen sich Jungkatholiken, Lehrer, Jungsozialisten, Dritte-Wellen-Initiative und Hochschülerschaft gegen Österreichs Waffengeschäfte. Die heimischen Spitzenpolitiker dagegen bezeichnen sich als Realisten und befürworten die Exporte von Panzern. Der Salzburger Erzbischof schwieg zu den heißdiskutierten Problemkreisen Waffenproduktion und Waffenexport.



Um den Export solcher Panzer an Entwicklungsländer wird auch in Salzburg zur Zeit heftig diskutiert

Gebalzte Kritik an Waffenexport

Auch in Salzburg prallen Meinungen aufeinander

Die Vertreter Tausender junger Salzburger aller ideologischen Schattierungen sind sich einig: Österreichs Waffenproduktion und Waffenhandel — jüngst etwa der Export von 57 Panzern nach Argentinien — arbeiten den Friedensbestrebungen entgegen.

Doch auch die Vertreter der etablierten Politik in diesem Bundesland sind sich einig: Österreich benötigt zur Ausrüstung seines Heeres eine Waffenproduktion, die nur wirtschaftlich sein kann, wenn auch produzierte Ware exportiert wird.

Als erste trat gegen diese Ansicht die Junge Generation der Salzburger Sozialisten auf den Plan. Man erwarte sich „von der sozialistischen Bundesregierung endlich konkrete Vorschläge, wie der militärische Komplex der österreichischen Industrie wieder zivilisiert werden könne“.

Der sozialistische Landeshauptmann-Stellvertreter und

Landesparteiobmann, Herbert Moritz, hat für „die Kritiker in den eigenen Reihen Verständnis“, vermisst aber die Proteste seiner Jungs „gegen die Waffenexporte des Ostblocks, insbesondere der Tschechoslowakei“. Als Mitglied des SP-Bundesparlamentums habe er gegen einen Panzerexport nach Chile, jedoch für einen Export nach Argentinien gestimmt, da „nach meinen Informationen die Gewähr besteht, daß die Waffen dort nicht nach innen verwendet werden“.

Ein Protestbrief der Katholischen Jugend

Die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Jugend dürfte da andere Informationen besitzen. In einem Protestbrief an Kardinal Kreisky machen die Katholiken darauf aufmerksam, daß in Argentinien „Christen, Sozialisten, Gewerkschaftsfunktionäre und Menschen, die für Gerechtigkeit eintreten, verfolgt, inhaftiert und

gefoltert werden“. Einer Regierung, die derartigen Terror ausübe, könne man doch nicht abnehmen, sie verwende Waffen nicht nach innen.

Erzbischof Karl Berg, vom KURIER zu einer Stellungnahme gebeten, erklärte, er wisse nichts von dieser Aktivität der Jungkatholiken, zum Problemkreis Waffenproduktion und Waffenexport in Österreich gebe er am Telefon keine Auskunft.

Wortkarg gab sich auch Landeshauptmann und VP-Landesparteiobmann Wilfried Haslauer. Er ließ ausrichten, er lände es unserios, zu sagen, ob er für oder gegen Waffenexport sei. Im übrigen schließe er sich der Feststellung der Parteien auf Bundesebene an, die gesetzlichen Regelungen in Sachen Waffenexporte seien nicht zu modifizieren.

Der interimsmäßige Landesparteiobmann der Freiheitlichen,

Sepp Wiesner, meinte, er habe gegen Waffenexporte auch nach Argentinien nichts einzuwenden. Würde Österreich nicht liefern, lieferte eben ein anderes Land. Außerdem sei „waffenloser Widerstand ein Scherz“, derartige Ansinnen „Gedanken der Heilsarmee“.

Keine Waffenexporte in Südamerikas Diktaturen

Die Salzburger Hochschüler-schaft forderte den Ausschluß von Waffenexporten in südamerikanische Diktaturen wie Argentinien. Derartige Exporte, so kritisierte die Belegschaft des EZA-Dritte-Well-Ladens, habe als einzigen Nutznießer die Waffenindustrie, und die Fachgruppe Lehrer der RSA gibt zu bedenken: „Es scheint uns zumindest überlegenswert, ob Friedensliebe, zu der sich ja alle bekennen, und permanente Rüstungsanstrengungen nicht etwa doch in einem gewissen Widerspruch stehen.“ Roman Hinterseer

Junge SPÖ zur Novellierung des Vergnügungssteuergesetzes:

Jugendschutz vor Profitunwesen!

zierte Betrachtungsweise für sinnvoll und glauben daher, daß es notwendig ist, zwischen Geldspielautomaten, reinen Geschicklichkeitsautomaten und Aggressionsautomaten zu unterscheiden.

Vom Amt der Salzburger Landesregierung wurde nun eine Empfehlung an den Landtag abgegeben, welche eine Vergnügungssteuer pro Automat und pro Monat für Geldspielautomaten von 2000 S und für Geschicklichkeitsautomaten von 200 Schilling vorsieht.

Die Junge SPÖ lehnt diese „jugendschutzfeindliche und unternehmerfreundliche“ Empfehlung aufs schärfste ab. Es

geht nicht an, daß Salzburg angesichts der Regelung in Wien und der Regelung in den umliegenden Bundesländern, die größtenteils Geldspielautomaten generell verboten haben, zum „Eldorado der Spielautomaten“ wird.

Im Gegensatz dazu fordert die Junge SPÖ aus Gründen des Jugendschutzes, wie auch aus steuerrechtlichen Gründen die Aufnahme nachstehender Forderungen in die Novelle zum Salzburger Vergnügungssteuergesetz.

- Eine wirkungsvolle Kontrolle muß bereits bei der Erteilung von Aufstellungsgenehmigungen beginnen.
- Verstärkte Kontrollen der Be-

hörden, um die Aufstellung „schwarz aufgestellter“ Spielautomaten zu unterbinden.

- Einbau von nichtmanipulierbaren Zählwerken (mit Plombe), die eine genaue Kontrolle der Einnahmen ermöglichen sollen und dadurch jeder Steuerhinterziehung den Boden entziehen.
- Verschärfte Strafbedingungen für Automatenaufsteller, bei Nichteinhalten gesetzlicher Vorschriften, insbesondere dann, wenn gegen Jugendschutzbestimmungen verstoßen wird.
- Die Einhebung einer Vergnügungssteuer von 10.000 S pro Automat und Monat für Geldspielautomaten.

- Ungeachtet der sicherlich geringen Gefährdung der Jugendlichen sollte die Vergnügungssteuer für Geschicklichkeitsautomaten 3000 S betragen.

- Bezüglich der Aggressionsautomaten — meist auf Telespielbasis — tritt die Junge SPÖ für ein absolutes Verbot dieser ein. Bedauerlicherweise hat es das Amt der Landesregierung in den bisherigen Gesprächen bezüglich dieser Novelle noch nicht der Mühe wert gefunden, sich darüber zu äußern und der Öffentlichkeit entsprechende Vorschläge vorzustellen. Aggressionsautomaten, die die Vernichtung von Lebewesen irgendwelcher Art zum Inhalt haben, haben unserer Auffassung nach aus pädagogischen und psychologischen Gründen keine Existenzberechtigung.

Für die Junge SPÖ
Mag. Johann Maier

SALZBURG. Die Vertreter aller sozialistischen Jugendorganisationen (Junge SPÖ) begrüßen den von der sozialistischen Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend eine Novelle zum Salzburger Vergnügungssteuergesetz.

Dieser Antrag hat — wie bekannt — zum Inhalt, die Zulassung von Glücksspielautomaten an Steuern in der Höhe von monatlich 10.000 S zu binden. Dieser Antrag folgte der Erkenntnis, daß einerseits durch das Überhandnehmen von Glücksspielautomaten eine große Gefahr in pädagogischer und sozialer Hinsicht vor allem für junge Menschen gegeben ist, andererseits jedoch ein absolutes Verbot, wie Erfahrungen zeigen, nur zum Ausweichen dieser Glücksspiele in die Illegalität bzw. Kriminalität führen.

Junge SPÖ: „Wir halten bei diesem Problem eine differen-



Das Thema heute: Fernsehen

Seit Jahren werden in Österreich große Gebiete langsam verkabelt. Noch werden über diese Kabel nur die österreichischen, deutschen und Schweizer Programme übertragen. Die Betreiber dieser Kabelanlagen, die großen Elektrokonzerne und privaten Unternehmer planen aber weit darüber hinaus.

Der Fernsehapparat soll zum wichtigsten Gerät unseres zukünftigen Lebens werden: die Kapazität der Kabelanlagen ermöglichen nicht nur eine Verzehnfachung des bisherigen Programmangebotes, nicht nur amerikanische Zustände, wo Kinder täglich bis zu sechs und mehr Stunden fernsehen. In Zusammenhang mit der entwickel-



ten Computertechnik wird der Fernsehapparat zu unserem wichtigsten Arbeitsgerät. Ganze Arbeitsvorgänge, die derzeit noch von mehreren Menschen durchgeführt werden, können dann automatisch gesteuert werden. In Japan sind schon große Teile der Autoproduktion auf Computer umgestellt. Wo früher Hunderte Menschen gearbeitet haben, braucht es jetzt nur mehr einen, der über den Bildschirm die Anlage überwacht.

Viele Berufe würden überflüssig werden: Über die Dialogdienste wäre es möglich, den täglichen Einkauf abzuwickeln, Bankanweisungen, Theaterkartenbestellungen, die Kinderbetreuung und sogar ärztliche Untersuchungen durchzuführen. Das von Bacher geforderte Satellitenfernsehen würde zusammen mit der forcierten

Verkabelung nur eine Verstärkung dieser Entwicklung bedeuten.

Aber noch hat diese Entwicklung nicht stattgefunden. Die großen Konzerne wollen uns zwar einreden, daß diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten ist, daß die Wirtschaft unbedingt auf die Einführung dieser neuen Technologien angewiesen ist.

Hier geht es nicht nur um zu erwartende Gewinne für die Wirtschaft. Hier geht es um uns, um die Organisation unseres zukünftigen Lebens. Die Einführung dieser Technologien würde einschneidende Veränderungen unserer Lebensbedingungen mit sich bringen.

Es ist deshalb notwendig, daß über die Möglichkeiten, Auswirkungen und Einsatzgebiete dieser „neuen Medien“ öffent-

lich gesprochen wird, daß die nötigen Entscheidungen auf diesem Gebiet öffentlich gefällt werden. Wir dürfen diese Entscheidungen nicht gewinnorientierten Konzernen wie Philipps oder Siemens überlassen.

Aus diesem Grund veranstalten die „Junge Generation Salzburg“ und die Videogruppe Salzburg eine Podiumsdiskussion zu dem Thema: „Das verkabelte Leben. Politische und soziale Folgen der neuen Medien.“ Dabei soll über die Funktion, Organisation und Wirkung der „neuen Medien“ diskutiert werden, die Stellung der politischen Parteien, der Wirtschaft und Wissenschaft zu diesem Problem geklärt werden.

Als Experten werden zur Diskussionsveranstaltung am Montag um 20 Uhr im Sternbräu Universitätsdozent Dr. Claus Euriich und Dr. Alfred Spicker, Geschäftsführer der Kabel-TV Salzburg, erscheinen.

Alfred Antischer

Lösungsschlüssel Fernsehtest

In der 7. Testfrage mußten Sie eine Zahl einsetzen. Haben Sie bis zu 15 Stunden eingelesen, dann zählt dies 10 Punkte, von 16 bis 45 Stunden zählt 5 Punkte über 45 Stunden (die richtige Antwort) zählt 1 Punkt. Zahlen Sie nun alle von Ihnen angegebenen Punkte aus den sieben Testfragen zusammen und erkennen Sie sich selbst:

36 — 50 Punkte: Wenn Sie glücklich sind, dann geben Sie es zu: Sie vergeuden sehr viel Zeit vor dem Fernseher. Bei Ihnen ist aber noch nicht Hopfen und Malz verloren. Sie sind zwar schon mit Haut, aber noch nicht mit Haar, vom Tiger Bacher aufgefressen. Wahren Sie Ihre Chance, werden Sie sich der Gefahr des Fernsehens bewußt und kommen Sie am 22. Juni zur JG-Diskussion über die Fernseh Zukunft mit dem SP-Medienexperten Karl Blecha!

51 — 70 Punkte: Schauen Sie in den Spiegel, erschrecken Sie aber nicht: Ihr fröhlicher so hübscher ovaler oder runder Kopf zeigt Tendenzen in Richtung Quadrat. Das Fernsehen hat von Ihnen Besitz ergriffen. Sie sind, verzeihen Sie, ein Fernsehzioge. Tur Sie etwas für Ihre zwischenmenschlichen Beziehungen oder Sie bleiben das beziehungslose arme Würstl, das Sie sind. Raffen Sie sich auf! Wie war's mit etwas politischem Engagement? Das würde Ihrem Leben vielleicht wieder etwas „Sinn“ geben! Lassen Sie einmal den Fernseher kalt und geben Sie sich die heiße Medienveranstaltung der JUNGEN GENERATION mit Charly Blecha am 22. Juni im Großgasthof Sternbräu!

71 — 80 Punkte: Gratulieren Sie sich, den Fernseher und überhaupt alles unter Kontrolle. Entweder Sie haben Ihre Antworten großzügig angekreuzt (auf deutsch: geschwindelt), oder Sie sind wirklich eine starke Persönlichkeit. Kommen Sie zum JG-Treffpunkt mit Charly Blecha am 22. Juni und raten Sie ihm, wie man Menschen so mündig machen kann, daß sie auch bei einer Ausweitung des Fernsehangebots gegen die Fernsehseuche immun bleiben.

81 — 90 Punkte: Sie sind es, was man einen kritischen Fernsehkonsumenten nennt. Wenn Sie sich auch einmal über vergeudete Zeit vorm Fernseher ärgern, möchten Sie die „Glutze“ nicht missen, lassen Sie sich von der „Bacher-Orge“ der einfluten noch unterdrücken. Sie können am 22. Sternbräu ein paar Tips geben, wie der „Medien-ary“ mit Satelliten- und

auf, ob man alles technisch Machbare auch wirklich machen soll. Wenn jede Straße via TV überwacht wird, passiert sicher kein Straßenüberfall mehr. Will man aber diesen Preis, diese Preisgabe jeder Freiheit, für die Sicherheit zahlen?

Die Neuen Medien

Mit Bildschirmtext, Videotext, Kabelfernsehen, Satellitenfernsehen und dgl. eröffnen sich gigantische Möglichkeiten, besonders Profit- und Beeinflussungsmöglichkeiten. Wer die Neuen Medien in der Hand hat, hat auch die Benutzer in der Hand. Nicht umsonst bemühen sich die finanziell potenten Mächte und ihre politischen Exponenten (VP), das staatliche Rundfunk- und Fernsehmonopol zu brechen und dem Medienbereich zu privatisieren. Damit fielen die letzten Schranken einer halbwegs demokratischen Kontrolle der „veröffentlichten Meinung“.

In der sozialdemokratischen Brust schlummern da zwei einander widersprechende Seelen. Die eine geht davon aus, daß man der Ausbreitung der Neuen Medien Schranken auferlegen muß, um die Freiheit des einzelnen gewährleisten zu können. Wenn wir via Satellit ein Dutzend kommerzielle 24-Stunden-Programme emplan-

gen können, dann haben wir bald die Zustände, wie sie die USA heute so abschreckend vorzeigen.

Die andere Seele, die optimistische, geht vom Vertrauen in die Machbarkeit und deshalb auch Kontrollierbarkeit der Zukunft aus, egal welche neuen Technologien auf uns zukommen. Der Fortschritt wird als dienstbarer Geist auf dem Weg der Menschheit heraus aus dem alten irdischen Jammerthal hinein in eine lebenswertere Zukunft betrachtet. Auch die Kernenergie wird zu diesen dienstbaren Geistern gezählt.

Für Karl Blecha sind die Neuen Medien eine Herausforderung an jeden denkenden, an jeden politischen Menschen. Man könne nicht Maschinenstürmer sein und vor den neuen Möglichkeiten den Kopf in den Sand stecken oder besser gesagt, die Neuen Medien in den Sand stecken. Außerdem, so meint er, kommen diese Neuen Medien in unserer kapitalistischen Welt ohnehin; da sei es schon besser, man lerne mit ihnen umzugehen und sie demokratisch zu kontrollieren.

Heutzutage werden die Weichen zu den Kontrollen gestellt. Wer sich dieser Herausforderung entzieht, hier seine Meinung zu bilden und Stellung zu nehmen, der liefert sich selbst aus!

Der aktuelle Test – Ihr Fernsehbewußtsein

1. Wenn ein Bekannter untermale am Abend bei Ihnen auftaucht, und Sie sehen gerade einen äußerst packenden Film,

a) drehen Sie sofort den Fernseher ab? (1 Punkt)

b) fragen Sie, ob Sie weiter schauen dürfen, weil's gerade so spannend ist? (5 Punkte)

c) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

d) drehen Sie den Fernseher ab, wenn Sie sehen, daß der Film nicht mehr spannend ist? (5 Punkte)

e) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

f) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

g) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

h) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

i) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

j) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

k) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

l) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

m) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

n) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

o) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

p) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

q) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

r) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

s) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

t) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

u) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

v) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

w) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

x) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

y) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

z) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

aa) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ab) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ac) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ad) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ae) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

af) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ag) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ah) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ai) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

aj) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ak) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

al) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

am) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

an) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ao) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ap) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

aq) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ar) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

as) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

at) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

au) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

av) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

aw) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ax) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ay) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

az) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ba) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bb) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bc) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bd) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

be) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bf) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bg) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bh) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bi) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bj) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bk) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bl) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bm) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bn) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bo) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bp) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bq) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

br) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bs) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bt) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bu) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bv) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bw) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bx) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

by) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

bz) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ca) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cb) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cc) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cd) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ce) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cf) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cg) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ch) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ci) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cj) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ck) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cl) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cm) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cn) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

co) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cp) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cq) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cr) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cs) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ct) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cu) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cv) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cw) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cx) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cy) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cz) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ca) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cb) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cc) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cd) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ce) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cf) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cg) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ch) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ci) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cj) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ck) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cl) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cm) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cn) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

co) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cp) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cq) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cr) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cs) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ct) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cu) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cv) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cw) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cx) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cy) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cz) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

ca) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cb) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cc) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier oder einen Wein trinken? (10 Punkte)

cd) sagen Sie, der Film sei ohnehin bald aus, und er bzw. sie soll doch in der Zwischenzeit ein Bier

Protest gegen Spielautomaten

Wird Salzburg zu neuem Spieler-Eldorado?

Es geht nicht an, daß Salzburg zum Eldorado der Spielautomaten aufsteigt, wird kritisiert. Die junge Generation Salzburg, angesichts einer Empfehlung des legislativen Referats der Salzburger Landesregierung zur Novellierung des Vergnügungsgesetzes.

Mit einem Seitenblick auf Wien hatte die sozialistische Landtagsfraktion in Salzburg eine Änderung des Gesetzes gefordert. Demnach sollten auch in Salzburg künftig für gewinnauszahlende oder -anziehende Automaten 10.000 Schilling Steuer eingehoben werden. Das Oberhandnehmen von Glücksspielautomaten sei, so war man der Meinung, vor allem in pädagogischer und sozialer Hinsicht eine große Gefahr für junge Menschen.

Nun liegt die Empfehlung für den Landtag vor. Ein Vorschlag.

der bei Jugendorganisation Proteste hervorruft. Denn: Laut dieser Empfehlung - so kritisiert die junge Generation - würde die monatliche Steuer für Glücksspielautomaten - wie etwa Flipper oder Tischfußball - von derzeit 18 nur auf 200 Schilling erhöht. Für Geldspielautomaten sollen nach diesem Vorschlag statt bisher 18 Schilling 2000 Schilling eingehoben werden.

Weiterer Kritikpunkt: Das Konzessionserteilungssystem zur Ausweisung von Spielautomaten reiche in keiner Hinsicht aus, um das Überhandnehmen der Geräte in Salzburg zu verhindern. Mangels entsprechender Strafsanktionen sowie unzureichender Überprüfungen existiere eine hohe Anzahl illegal aufgestellter und arbeitender Glücksspielautomaten.

ROMAN HINTENSEER

Autogerechte Verkehrspolitik?

de, sondern auch davon, den öffentlichen Verkehr zu verbessern.

Folgendes ist nun für die Salzburger Verkehrspolitik signifikant: Gibt es jemanden, der den Bau einer neuen Straße fordert, so sind die in gewohnten Bahnen denkenden Politiker gerne bereit, diese Straße zu bauen. Sie sind dazu selbst dann bereit, auch wenn das Projekt Unsummen an Geld verschlingt. Im Fall „Südtangente“ wird von 300 Millionen Schilling gesprochen. (Bis die Straße dann fertiggestellt sein wird, werden es sicherlich noch mehr sein.)

Wenn nun jemand den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fordert, so bleibt es bei Lippenbekanntnissen (oder bei geringfügigen kosmetischen Verbesserungen). Man hat eher den Mut, 300 Millionen Schilling für den Bau einer neuen Straße zu veranzuschlagen, als tatsächlich daran zu denken, den öffentlichen Ver-

kehr den Vorrang einzuräumen. Man geht davon aus, daß der individuelle Autoverkehr ständig steigen wird. Also baut man Straßen. Von der Überlegung über, daß die Bewohner dieser Stadt solange mit dem Auto fahren werden, solange der öffentliche Verkehr unattraktiv und das Auto schneller ist, scheint niemand auszugehen. Lieber eine neue und kostspielige Straße mitten durch ein unbebautes Erholungsgebiet als attraktive öffentliche Verkehrsmittel.

Und seien wir ehrlich, mit dem Bau der „Südtangente“ wird das Verkehrsproblem doch nicht gelöst. Weiter insgesamt noch für die Anrufer des betroffenen Gebietes: Erstens wird der über die „Südtangente“ geführte Verkehr spaltens in der Borchgrevink-Straße weiter ansteigen und die Bewohner dieses Gebietes „anstinken“. Zweitens ist es höchst fragwürdig, ob die „Südtangente“ die

Südtangente bzw. Leopoldskronstraße tatsächlich entlasten wird. Der Autofahrer hat allerdings die kürzeste Straßenverbindung zu wählen. Erst wenn der Verkehr völlig zum Stillstand kommt, wird er bereit sein, einen Umweg in Kauf zu nehmen. Und die „Trassenführung“ der „Südtangente“ ist für die meisten Benutzer ein Umweg.

Wie schnell man mit dem Projektieren (hoffentlich nicht Realisieren) neuer Straßen bei der Hand ist, hat einmal mehr gezeigt, daß trotz gegenteiliger Behauptungen die Verkehrsplanung in Salzburg primär auf das Auto ausgerichtet ist. Und wer die täglichen Blechlawinen in unserer Stadt kennt, der muß sich sagen, daß eine neue Verkehrsplanung notwendig ist, eine Verkehrsplanung, die nicht dem Auto gerecht wird, sondern den Menschen, die in dieser Stadt wohnen.

Das Projekt der „Südtangente“ ist aber bereits jetzt zum Symbol einer autogerechten Verkehrspolitik geworden. Thomas Weidenholzer

SALZBURGER NACHRICHTEN

1981-10-07

SN-Redakteur Othmar F. Behr über eine Diskussion zum Thema „Automaten und Jugend“:

Dem Glücksspiel soll es an den Kragen gehen

Einigkeit über Einschränkung der Apparate — „Aggressions-Automaten“ schießen die Geister — Einleitung und Berufsverbot befürchtet

Was wird getan, damit die Jugendlichen nicht in die Lokale gehen müssen? Die Automaten sind nicht das große Problem. Wir tun einfach zu wenig für unsere Jugend! Etwa zur „Halbzeit“ der Montagabend im Salzburger Sternklub von der jungen Generation der SPÖ veranstalteten Podiumsdiskussion „Automatensteuer — Jugendschutz vor Profitgier“ veranlaßte ein Redner einen neuen Aspekt in die Debatte zu bringen. Nicht das Automatenwesen soll bekämpft werden, sondern die Umstände sind zu beseitigen, die einen Jugendlichen dazu bringen, sogenannte Spielhallen aufzusuchen.

Anlaß für die Diskussion war der von der sozialistischen Landtagsfraktion vor einiger Zeit eingeleitete Antrag zur Novellierung des Salzburger Vergnügungssteuergesetzes. Für Glücksspiel-Automaten soll nach diesem Antrag eine monatliche Steuer von 10.000 S pro Apparat eingehoben werden. Die Abgabe für Geschicklichkeits-Automaten soll 3000 S betragen. Landtags-Abgeordneter Othmar Haas bekräftigte im Sternklub die Absicht der SPÖ, künftig einen klaren Trennungs-

strich zwischen Glücksspiel-Automaten und Geschicklichkeits-Automaten zu ziehen. Die vom Amt der Salzburger Landesregierung eingebrachte Empfehlung, Glücksspiel-Automaten mit 2000 S zu besteuern, bezeichnete Haas als „Augenauwischerei“.

Gerhard Schmidt, von der Arbeiterkammer trat für eine Zusammenziehung von Automaten in Spielhallen ein, da in solchen Orten das Jugendschutzgesetz besser überwacht werden könne als in einem Gasthaus. Einwand eines Kellners: „Gerade in Gaststätten sind die Wirte verpflichtet, auf die Einhaltung des Jugendschutzes zu achten. Warum also nicht auch Automaten-Gaststätten?“ Der Landesobmann der Gewerkschaftsjugend, Franz Grubel, wies in seinem Referat darauf hin, daß immer wieder beobachtet wird, wie Minderjährige ihr Geld bei Glücksspielautomaten verpielen.

Als Entgegnung, die einem Berufsverbot gleichkomme, bezeichnete Walter Grömmner vom Verband der Münzautomaten-Wirtschaft die geplante Abgabe von 10.000 S. Seine Meinung nach sei es sinnvoller, sich an deutschen oder englischen Vorbil-

dern zu orientieren. In diesen Ländern sind nicht hoch besteuerte Glücksspiel-Automaten, bei denen mit geringen Einsätzen geringe Gewinne gemacht werden können, seit Jahren in Betrieb, und es gebe keinerlei Probleme mit dem Jugendschutz.

Während unter den etwa 60 Diskussionssteilnehmern Einigkeit über den Schutz von Jugendlichen vor Glücksspiel-Automaten herrschte, schieden sich beim Thema Aggressions-Automaten die Geister. Die Arbeiterkammer tritt für ein Verbot von Geräten ein, die beispielsweise das Abschließen von Flugzeugen simulieren. Begründung: „Unser Anliegen ist es, den Verkauf von schlechten Produkten zu verhindern, und Aggressions-Automaten liegen auf einer Ebene mit Kriegsspielzeug,

das ebenfalls verboten gehört.“ Dazu eine Wortmeldung: „Aditzehn Jahre wirst du geschützt, dann drückt man dir die Braut des Soldaten in die Hand, und du mußt schließen.“ Seitens der Jungen SPÖ wurde festgelegt, die Wehrpflicht sei kein Argument für Kriegsspielzeug und Aggressions-Automaten, das Umdenken soll vor der eigenen Haustüre beginnen. Einwand: „Dann verbieten Sie auch das Fernsehen, da gibt es jeden Tag einen Mord.“

Grundtenor der Diskussion: Glücksspiel-Automaten sollen einer strengen Kontrolle unterworfen werden, gegen ein gelegentliches Spielen mit Geschicklichkeits-Automaten um ein „paar Schillinge“ sei nichts einzuwenden.

Geldspielautomaten gefährden Jugend Raus zieht den Stecker aus der Dose

SALZBURG. Mit scharfer rhetorischer Munition schoß Montag bei einer Veranstaltung der Jungen Generation LA Dr. Othmar Haas auf die Geldspielautomaten. Er forderte für Salzburg das Verbot des elektronischen Geflückers, das Schülern und Lehrlingen das Geld aus der Tasche ziehe. Das Jugendschutzgesetz sei zu wenig wirksam gegen die Verseuchung des raschen „kleinen“ Reichtums.

Raus stützt sich in seinen Aussagen auf zahllose Beschwerden von Jugendlichen, Elternvereinen, die an die SPO mit dem Ersuchen um Abhilfe herangetreten seien.

Nach den Wiener Erfahrungen — dort hatte eine drastische Erhöhung der Steuern praktisch keine Einschränkung des Automatenmißbrauchs gebracht — werde sich die Salzburger SPÖ für ein generelles Verbot von Geldspielautomaten einsetzen. Sollte sich im Landtag für diese Forderung keine Mehrheit finden lassen, werde man kompromißlos an einem Steuersatz von 10.000 S pro Gerät festhalten.

Der Forderung nach einem Verbot schlossen sich auch der Obmann der Gewerkschaftsjugend Franz Grubel und JG-Obmann Jakky Maier an. Mag. Gerhard Schmidt, als Vertreter der Arbeiterkammer, hält ebenfalls sowohl das Verbot als auch die Besteuerung für praktikable Maßnahmen gegen die mit Besorgnis registrierte Gefährdung jugendlicher Arbeitnehmer.

Die Kritik bezog sich freilich nicht nur auf die Geldspielautomaten, sondern auch auf die sogenannten „Aggressionsautomaten“. Vernichtung und Tod als „Spiel“ entsprechen inhumanen Ansprüchen einer heimatlosen Vergnügungsindustrie.

SALZBURGER
TAGBLATT
1981-10-07